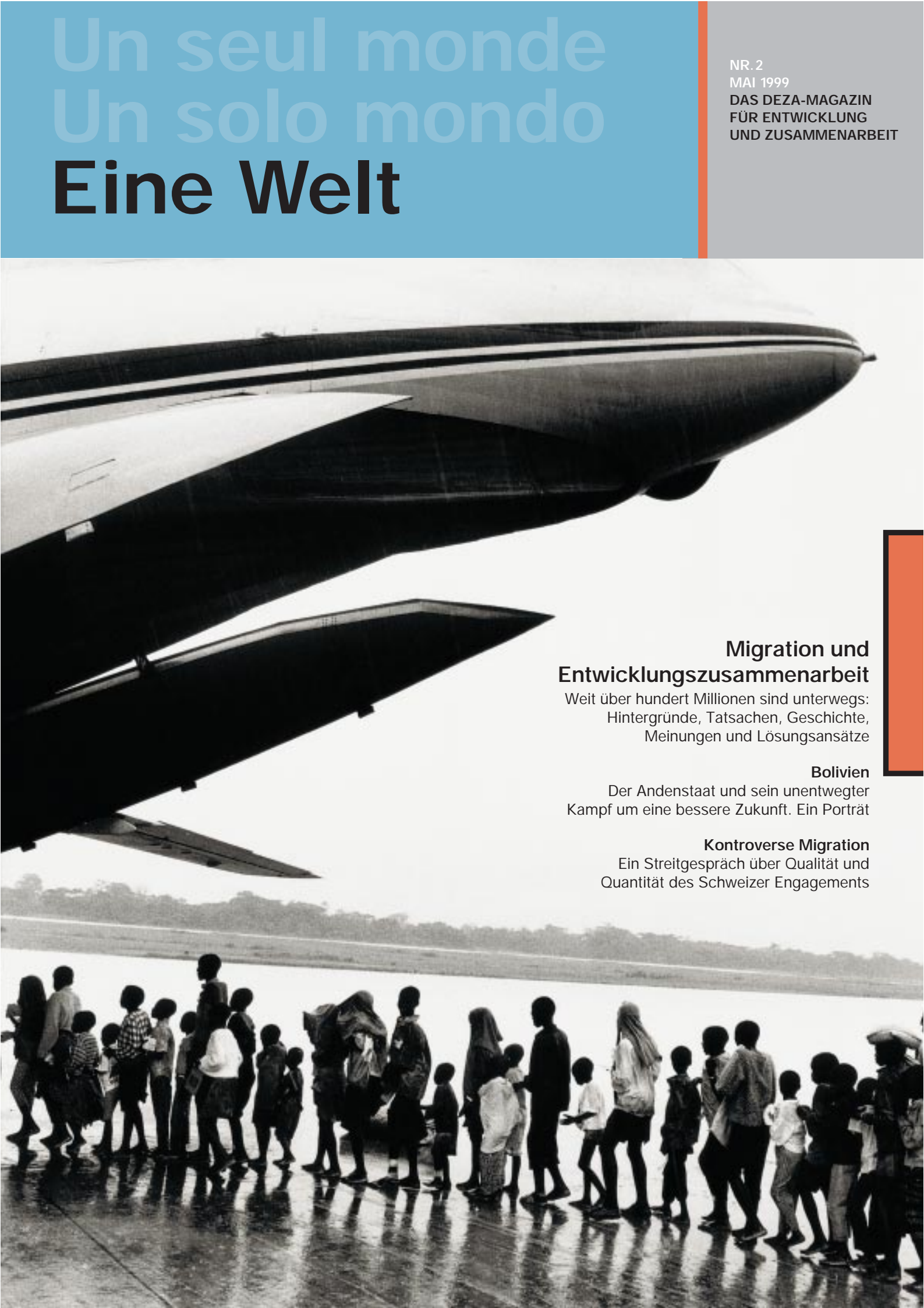


Un seul monde Un solo mondo Eine Welt

NR. 2
MAI 1999
DAS DEZA-MAGAZIN
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT



Migration und Entwicklungszusammenarbeit

Weit über hundert Millionen sind unterwegs:
Hintergründe, Tatsachen, Geschichte,
Meinungen und Lösungsansätze

Bolivien

Der Andenstaat und sein unentwegter
Kampf um eine bessere Zukunft. Ein Porträt

Kontroverse Migration

Ein Streitgespräch über Qualität und
Quantität des Schweizer Engagements

DOSSIER



MIGRATION UND ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT Vom Kofferpacken und Fussfassen

Weltweit sind geschätzte 100 Millionen Immigranten und 20 Millionen Flüchtlinge unterwegs. Für die Schweiz spielen Migrationsströme seit jeher eine wichtige Rolle

4

«Wer Arbeit hat, denkt nicht an Migration»

Walter Fust, DEZA-Direktor, im Interview

10

Vom Versuch, die Richtung zu ändern

In Burkina Faso unterstützt die DEZA ein Dezentralisierungsprojekt mit Auswirkungen auf die Migration

12

Entschärfte Minen – unterstützte Opfer

Die Schweiz und ihr Engagement für eine minenfreie Welt

22

Einblick DEZA

23

FORUM



«Nicht nur Steuern zahlen – auch mitgestalten»

Die Nationalräte Franco Cavalli (SP) und Ernst Hasler (SVP) im Streitgespräch um Migration sowie Qualität und Quantität der Entwicklungszusammenarbeit

24

Carte blanche

Die Schriftstellerin und Journalistin Laure Wyss über einen Spitalaufenthalt als «älteres weisses Wesen»

27

LÄNDER UND LEUTE



BOLIVIEN

Es war einmal eine Revolution...

Der Bolivianer Rafael Archondo über einen Familienkonflikt

14

Zwischen Gas und Koka, Protest und Resignation

Das ärmste Land Südamerikas leidet unter fehlender Infrastruktur, mangelnder Ausbildung und schwankenden Rohstoffpreisen

16

ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT SCHWEIZ

Heiler, Ärzte und Mystik unter einem Hut

In Benin fördert die DEZA sowohl lokale wie nationale Gesundheitsprojekte

20

Freie Medien – bessere Sendungen

Über unabhängige Medien und ihre Rolle beim Aufbau der Demokratie in Polen, Ungarn und der Slowakei

21

KULTUR



Brennpunkte afrikanischer Kreativität

Trends und Impressionen aus Westafrika

28

Editorial	1
Periskop	2
DEZA-Standpunkt	19
Was eigentlich ist... Basisgesundheits?	23
Service	31
Agenda	33
Impressum und Bestellcoupon	33

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen; deshalb geben nicht alle Beiträge unbedingt den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.

Editorial



Es gibt Leute, die behaupten, das Boot sei (wieder) voll. Es gibt Leute, die Angst haben. Wovor? Insbesondere vor dem Fremden, vor dem Unbekannten. Es gibt Leute, die nicht davor zurückschrecken, im Wahn – entstanden durch eine explosive Mischung aus Unwissenheit und Intoleranz – Feuer vor den Flüchtlingszentren zu entfachen. Und es gibt Leute, die – vielleicht für Wahlzwecke – daraus Profit schlagen. Es handelt sich um ein Phänomen, das ständig wiederkehrt, wenn die Flüchtlingsströme zunehmen, diese traurige Folge von Machtmissbrauch und Krieg. Und regelmässig werden auch wieder Stimmen laut, die von der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz verlangen, dass sie dem Asylproblem zuvorkommen, wenn nicht sogar es lösen soll.

Eine schwierige und heikle Frage, der wir uns, wir von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), getreu unserer transparenten Informations- und Kommunikationspolitik, aus eigener Initiative haben stellen wollen. Dies um einen sachlichen Beitrag zur Debatte zu leisten und zu sagen, was die DEZA macht, was sie nicht machen kann und was sie noch zu machen gedenkt. Migration und Entwicklung sind also die Themen unseres Dossiers, das ab Seite 4 zu finden ist. Aber das ist nicht alles. In der Rubrik Forum ab Seite 24 haben Sie Gelegenheit, verschiedene Einschätzungen und Meinungen von Persönlichkeiten zu erhalten, welche diese Problematik aus nächster Nähe beobachten.

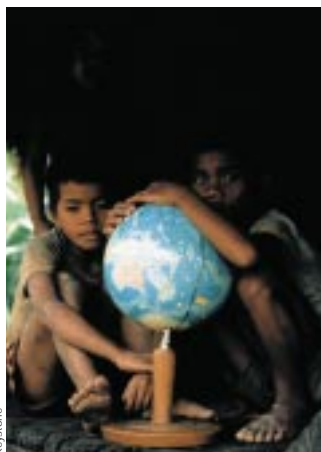
Migrationsströme werden nicht nur durch Armut verursacht, sondern auch durch Missachtung der Menschenrechte (dies das Hauptthema der Nummer 4/98 von Eine Welt) und der demokratischen Grundsätze. Dem Kampf gegen die Armut ist der DEZA-Standpunkt (auf Seite 19) gewidmet, der durch Dora Rapold vertreten wird, der ersten Frau, die in die Chefetage unserer Direktion eingetreten ist.

Zum Thema Elend: Auf den Seiten Länder und Leute (Seite 14 bis 19) befinden sich das Porträt und die Stimme aus einer Region, die zu den ärmsten der Welt gehört: Bolivien. Das ist der Grund, weshalb sich die DEZA dort bereits seit dreissig Jahren engagiert. Ein Jubiläum, das sich übrigens gerade jetzt jährt.

Gute Lektüre!

*Marco Cameroni,
Chef Medien und Kommunikation DEZA
(Aus dem Italienischen)*

Periskop



Haben Sie gewusst, dass...

...die Bevölkerung unserer Erde dieses Jahr die 6-Milliarden-grenze überschreitet? Bis 2050 dürfte sie auf 10 Milliarden angestiegen sein.

...die Bevölkerung Afrikas, zur Zeit 778 Millionen, bis ins Jahr 2025 auf nahezu 1,5 Milliarden ansteigen wird?

... die Bevölkerung Chinas in den kommenden 25 Jahren von 1,2 auf 1,5 Milliarden steigen dürfte?

... in den Industriestaaten der Anteil der über 65-Jährigen 13,5 Prozent ausmacht? In Afrika südlich der Sahara liegt er bei 3,2 Prozent.

... in 71 Ländern – praktisch alle aus dem Süden – die unter 15-Jährigen über 40 Prozent der Bevölkerung ausmachen?

... die Lebenserwartung in Europa und in Nordamerika bei den Männern bei 75 und bei den Frauen bei 80 Jahren liegt? In Lateinamerika liegt sie bei 66 und 73, in Asien bei 65 und 68 und in Afrika bei 52 und 55.

Quelle: Bericht des Fonds der Vereinten Nationen für bevölkerungspolitische Tätigkeiten (UNFPA), 1998

Indonesische Frauen-power

(gn) Sie tragen Kopftücher und knöchellange Mäntel – sie kämpfen an vorderster Front für die politischen Reformen in



ihrem Land: Indonesiens Frauen wollen nicht länger schweigen. Die neu gegründete Partei des Rechts (Partai Keadilan) bietet den Frauen zum Beispiel spezielle Trainings in Sachen Führung. Die Aktivistinnen dieser Partei versprechen sich, mit Hilfe der Politik ihre gesellschaftlichen Ziele besser durchsetzen zu können. So kämpfen sie für einen besseren Zugang zu Krediten für Kleinunternehmerinnen sowie eine bessere Vertretung in der Verwaltung – sei dies auf Dorfebene oder im Ministerium in Jakarta. Bei allem Optimismus und mit noch so viel Power brauche das Ganze aber seine Zeit, sagt Lily Zakiyah, Führerin einer landesweiten Frauenorganisation: «32 Jahre lang machte man die Frauen dumm – politische Erziehung kann nun nicht einfach über Nacht passieren.»

Von Nutzen, Nelken und Nüssen

(gn) Die Wälder von Petén in Guatemala sind bedroht: 30 Jahre Bürgerkrieg und wachsender Bevölkerungsdruck führen zu einer rasanten Zerstörung der eigentlich geschützten Naturparks. Dem hat nun eine Gruppe von Leuten, die sich zur Organisation Propetén zusammengeschlossen haben, den Kampf angesagt: Peténs Reichtum sei so gross, dass er sich seine Erhaltung selber finanzieren könne, sagen sie. Ganze Dörfer sind nun dazu übergegangen, statt den Wald zu zerstören, dessen Produkte zu

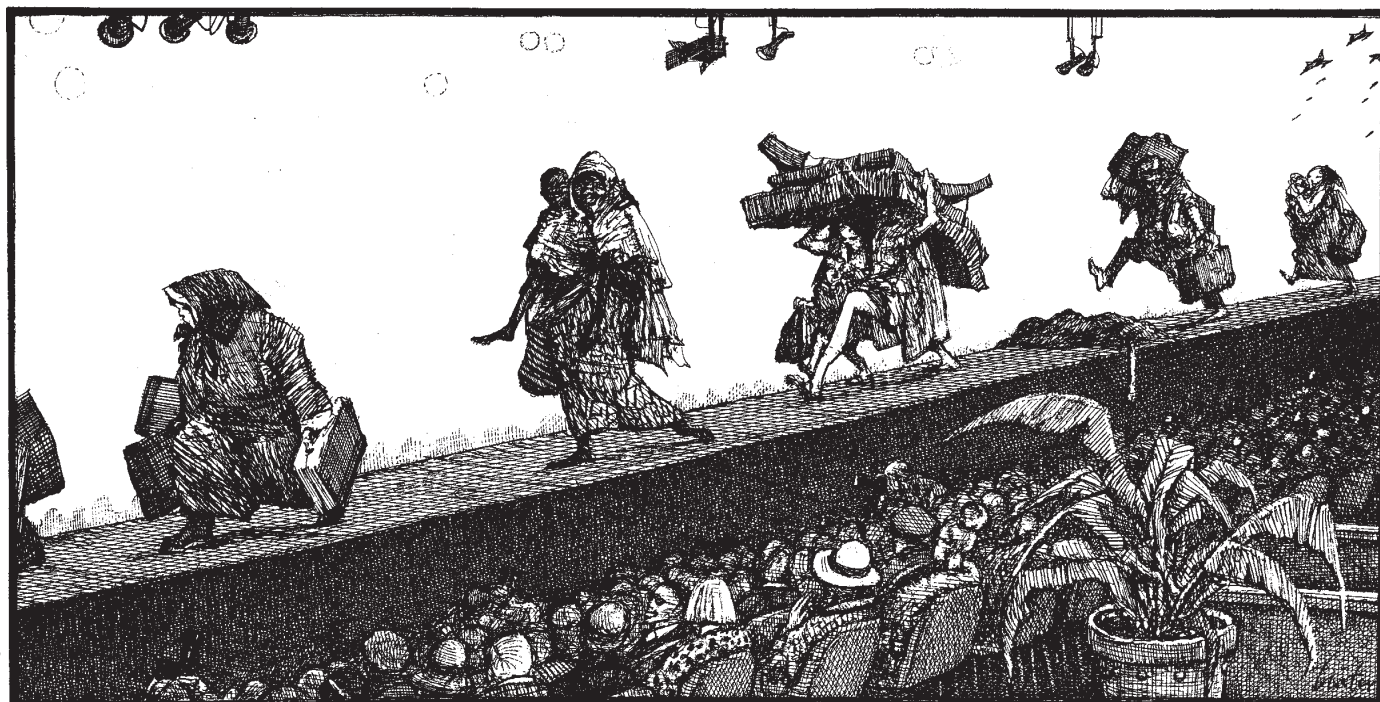


nutzen: Nelkenpfeffer, Gummi oder Blätter für Blumenarrangements werden gesammelt und verkauft. Eine Kooperative verarbeitet Pflanzen aus dem Urwald zu duftenden Kräuterölen, die sie vermarktet, andere produzieren ein spezielles Öl aus einheimischen Nüssen. So versuchen immer mehr Menschen in Petén, die Natur zu nutzen, ohne sie dadurch zu zerstören.

Mama Bobo

(jls) In Äthiopien behandeln die meisten Frauen gutartige Krankheiten wie Hautprobleme, Entzündungen oder Atemwegkrankungen mit Heilpflanzen. Hebammen setzen sie auch gegen Blutungen ein. Die am häufigsten benutzten Pflanzen wachsen in der näheren Umgebung der Behausungen. Eine Studie bei 40 Äthiopierinnen in Addis Abeba und in einer Landregion ergab, dass die Frauen auf dem Land über 70 Pflanzenarten mit therapeutischer Wirkung nennen konnten. Die Stadtbewohnerinnen kannten





Der Vorbeimarsch

weniger. Auf dem Land ist es im allgemeinen die Familienmutter, welche die Pflanzen präpariert. In der Stadt, wo Gärten und damit das entsprechende Wissen fehlen, fragt man oft eine Nachbarin. Für 80 Prozent der Bevölkerung sind Heilpflanzen die einzige Möglichkeit der Basisgesundheitsversorgung.

Geigenharz und Vogelgezwitscher

(gn) Geigenharz ist das Wunderprodukt, mit dem sich das kleine Dorf Gaviotas im Osten Kolumbiens eine sichere Einkommensquelle geschaffen hat: Der auf dem einheimischen Markt gesuchte Rohstoff stammte ursprünglich von einem 1500 Hektaren grossen Wald karibischer Pinien, der Anfangs



Keystone

der achtziger Jahre zwecks Aufforstung des erosionsgefährdeten Gebietes gepflanzt worden war. Das Geschäft mit dem Geigenharz boomte dermassen, dass man in Gaviotas die Anbaufläche für die Pinien ausdehnte und insgesamt 85 neue Arbeitsplätze schaffen konnte. Heute werden jährlich rund 500 Tonnen Geigenharz gewonnen und auf dem einheimischen Markt verkauft – bis ins Jahr 2004 will man das kostbare Naturprodukt sogar exportieren. Die neuen Pinienpflanzungen von Gavotas bringen aber nicht nur wirtschaftliche Vorteile: Obschon die Pinien nicht ursprünglicher Bestandteil der Vegetation dieser Region waren, sind sie heute doch Lebensraum für viele einheimische Vögel, die ihrerseits die Samen von einheimischen Baumsorten verbreiten – so wächst in Gaviotas wieder ein Mischwald heran, wie er vor hunderten von Jahren in Kolumbien abgeholzt worden ist.



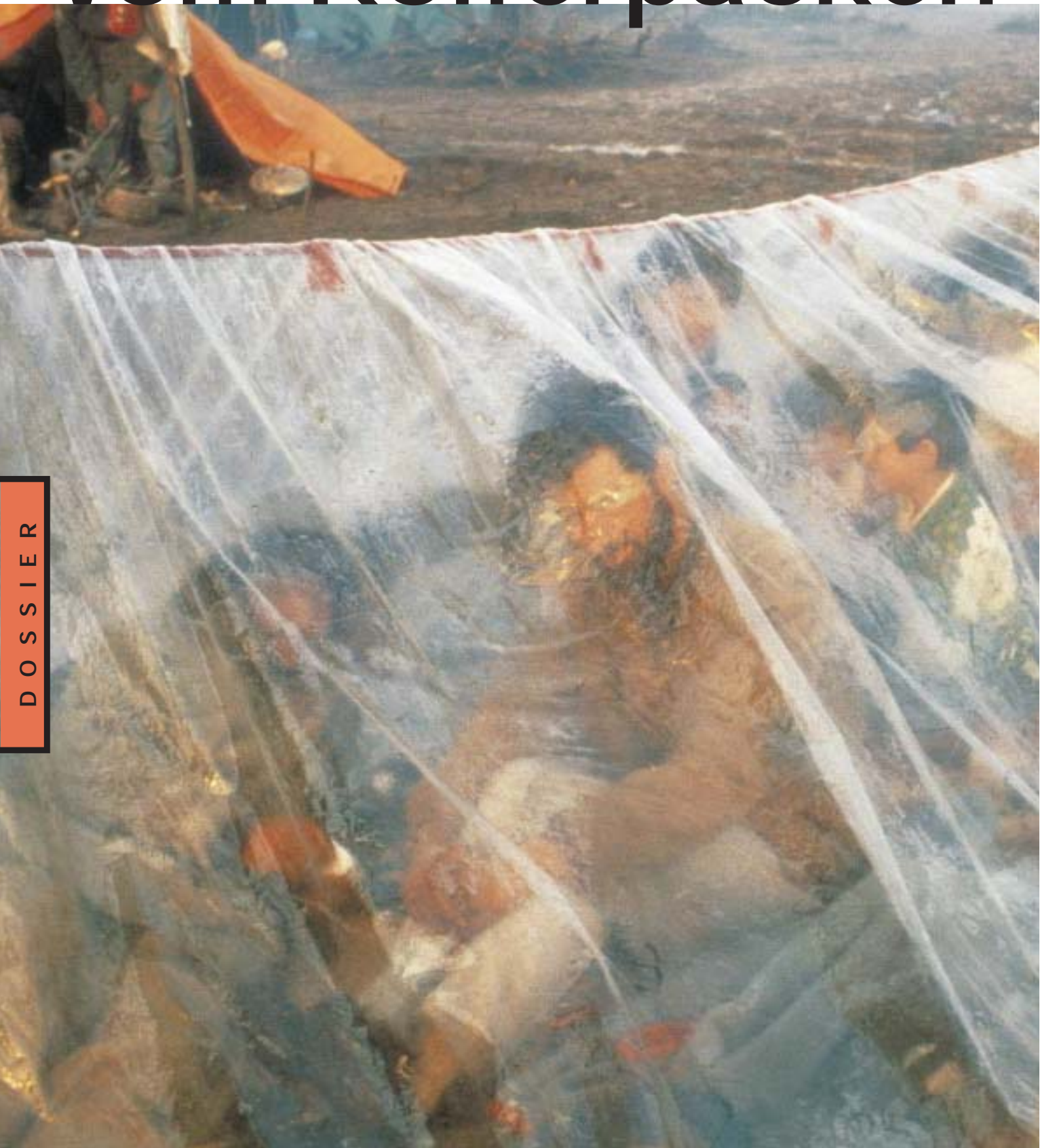
Siti Pictures

Tee in – Kaffee out

(jls) Tee und Kaffee sind die wichtigsten Agrarprodukte in Ruanda. Sie wurden jedoch vom Krieg, der 1994 seinen Höhepunkt erreichte, stark in Mitleidenschaft gezogen. Fabriken wurden zerstört, Plantagen lagen brach, bis die nach Ex-Zaire geflüchteten Pflanzer zurückkehrten. Heute geht es mit der Teeproduktion stetig aufwärts, obwohl fünf Fabriken noch immer nicht

wieder aufgebaut sind. Dagegen nimmt die Kaffeeproduktion ab. Dieser Sektor hatte bereits in den achtziger Jahren mit den weltweiten Preiszerfall an Bedeutung verloren. Zwar stiegen die Preise in der Folge wieder, doch konnte der Kaffeeanbau wegen des Konflikts nicht davon profitieren. Eines der Hauptprobleme ist das Alter der Kaffeebäume, von denen einige über 40-jährig sind. 1994 und 1995 wurden diese ehrwürdigen Bäume kaum gepflegt und verloren deshalb ihre Produktionskraft.

Vom Kofferpacken



DOSSIER

Kurdistan 1991

und Fussfassen

Migration



Bund Barbey / Magnum

Für jene, die die Koffern packen und gehen müssen, spielt es keine Rolle, ob sie es aus wirtschaftlicher Not tun oder weil sie aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt werden: Der Abschied hinterlässt oft bleibende Spuren und markiert

4

5



Keystone

«Die Invasion armer Menschen in unsere humanitären, für Flüchtlinge reizvollen Systeme kann nur gestoppt werden, wenn wir diesen Menschen helfen, in ihren eigenen Ländern einen Lebensstandard zu erreichen, der zumindest menschenwürdig und akzeptabel, wenn nicht sogar sofort dem unsrigen gleichgestellt ist. Gerade wir europäischen Industrielle haben die Verpflichtung, dort Arbeitsplätze zu schaffen, damit die Leute in ihrer Heimat bleiben können.»
Nicolas G. Hayek, 1928 in Beirut geboren, Chef und Inhaber des weltweit grössten Uhrenkonzerns Swatch Group



«Wenn ich meine Kollegen treffe, frage ich sie nicht 'Wie geht's?', sondern 'Lebt deine Familie noch?'. Über unsere Vergangenheit reden wir nicht, denn da ist nichts als Traurigkeit. Das einzige was zählt ist die Zukunft, und die liegt für mich im Kosovo. Wenn jedes Land die Menschenrechte beachten würde, gäbe es Frieden. Und ein Land in Frieden verlässt niemand.»
Shafedin Hamiti, 26, Asylsuchender aus Kosovo, kennt seit zehn Jahren nichts anderes als den Krieg

einen wichtigen Abschnitt in jedem Leben. Laut offiziellen Schätzungen sind weltweit 100 Millionen Migranten und 20 Millionen Flüchtlinge unterwegs. Von Maria Roselli.

Als Kind träumte Martin König davon, Pilot zu werden. Als Erwachsener hat ihn sein Traum nach Australien geführt. Dort hat er auf der Suche nach einer Fliegerschule eine neue Heimat gefunden. Heute lebt der Informatiker aus dem Aargau mit seiner Frau Kirsti und den beiden Kindern in Adelaide. Die Idee, die Koffern zu packen und zu verreisen, faszinierte ihn schon seit längerem. Wichtig war weniger das Ziel als vielmehr die Vorstellung, neue Menschen und eine neue Kultur kennen zu lernen. Wie Martin König verlassen jedes Jahr ungefähr 30 000 Schweizer und Schweizerinnen das Land, um sich für eine bestimmte Zeit im Ausland niederzulassen. Unter ihnen befinden sich viele hochqualifizierte Arbeitskräfte, die ihrer Firma ins Ausland folgen. Einige ziehen aber auch einfach weg, um der Eintönigkeit des Alltags zu entkommen und die ersehnte Insel des Glücks zu suchen.

Heute emigriert bei uns praktisch niemand mehr aus Not. Aber das war nicht immer so. Noch im vorigen Jahrhundert forderten verschiedene Kantone ihre ärmsten Mitbürger auf auszuwandern. So beauftragte das Armengesetz des Kantons Aargau aus dem Jahr 1851 Staat und Gemeinden, eine «passende Organisation in Sachen Auswanderung zu fördern», wobei der allgemeine Nutzen offiziell anerkannt wurde. Ähnlich die Situation im Kanton St. Gallen, wo 1846 der Beschluss gefasst wurde, den Auswanderern nach Übersee einen finanziellen Beitrag zu gewähren. Die Förderung der Emigration zielte darauf ab, die wachsende Zahl jener zu verringern, die ein Recht auf Gemeindeboden hatten, der von Gesetzes wegen den Bürgern gratis verpachtet werden musste.

Die Schweiz: Ein Einwanderungsland

Deshalb kam die Emigration den Gemeinden gelegen. Auch die italienische Schweiz verliessen sie zu Zehntausenden. Eines der beliebtesten Ziele war das warme Kalifornien, wo die Tessiner noch 1950 eine wichtige Rolle in der Landwirtschaft spielten.

Die Reise der Schweizer nach Amerika ist denn auch zahlreich durch lokale Ortsnamen dokumentiert: «Lucerne» kommt gleich fünfzehn Mal vor, ein Grütli gibt es in Nebraska, Tennessee, Indiana und Pennsylvania, und nicht zu vergessen «Cheeseland» in Texas, ein Name, der für sich spricht.

Heute ist die Schweiz wie die meisten europäischen Länder, aber auch wie die Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und Japan vor allem ein

Einwanderungsland. Wenn jemand in die Schweiz will, bestehen grundsätzlich drei Möglichkeiten zur Einwanderung: wenn eine Arbeitserlaubnis vorliegt, einem Familienmitglied gefolgt oder in der Schweiz Asylrecht beantragt wird.

Angesichts der anhaltenden Krise haben die eidgenössischen Behörden die Arbeitsbewilligungen drastisch reduziert. Die den Kantonen zur Verfügung stehenden Kontingente werden ständig abgebaut. Die Folge: Wegen Arbeit kommen nur noch 18 Prozent aller Einwanderer. Die Mehrheit, rund 30 Prozent der Neueinwanderungen, kommt aus familiären Gründen. Das eidgenössische Ausländergesetz (ANAG) sieht nämlich die Möglichkeit vor, dem Ehepartner oder einem Elternteil in die Schweiz zu folgen, vorausgesetzt, dieser ist im Besitz der Bewilligung B oder C, das heisst einer Jahresaufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung, sowie einer angemessenen Unterkunft und genügend finanzieller Mittel.

Zahlenmässig weit weniger relevant ist die Gruppe der Asylsuchenden. Offiziell leben in der Schweiz 155 089 Personen im Zusammenhang mit einem Asylverfahren. Dagegen beläuft sich die Zahl anerkannter Flüchtlinge auf 24 439. Letztes Jahr haben die Asylgesuche auch als Folge des sich zuspitzenden Kosovo-Konflikts stark zugenommen, und Ende 1998 waren es 41 302, eine Höchstzahl, die bereits 1991, am Anfang des jugoslawischen Bürgerkriegs, erreicht worden war. Obwohl die Zahl der Flüchtlinge und Asylsuchenden viel kleiner ist als jene der eingewanderten Menschen, erregt sie aufgrund der anfallenden Kosten viel mehr Aufsehen in der Öffentlichkeit und wird von besorgten Politikern oft für ihre Zwecke benutzt.

Die ständigen Auseinandersetzungen über das Asylverfahren, das gewisse Parteien verschärfen möchten, haben zur Folge, dass sich die Einwanderungspolitik, gemessen an der umfassenden Problematik, vor allem auf spezifische und weniger wichtige Aspekte konzentriert. Die Ende letzten Jahres vom Eidgenössischen Amt für Statistik veröffentlichten Zahlen und Analysen fordern aber dazu auf, das Augenmerk auch auf andere Aspekte zu richten. Unter den zahlreichen, im Bericht erwähnten Problemkreisen, ist vor allem die Einbürgerungsproblematik zu unterstreichen.

Tatsache ist: Nur ein kleiner Prozentsatz (1,4 Prozent) der in der Schweiz lebenden Migranten reichen ein Einbürgerungsgesuch ein. Rund 585 000



Tschetschenien 1996

von insgesamt 1,374 Millionen Migranten lassen sich nicht einbürgern, obwohl sie die Voraussetzungen für das Verfahren erfüllen würden. Nach kürzlich durchgeführten Berechnungen würde die Ausländerquote mit einem Schlag von 19,4 auf 6,6 Prozent sinken, wenn all jene, welche die Voraussetzungen für die Einbürgerung erfüllen, die Schweizer Staatsbürgerschaft beantragten. Denn 80 Prozent der Italiener, 60 Prozent der Spanier und 50 Prozent der Deutschen, die hier leben, könnten in jeder Hinsicht Schweizer Bürger werden. Die Bevölkerung jedoch zeigt für das Problem, das die Behörden und die politischen Kräfte hingegen erkennen, wenig Verständnis, wie der negative Ausgang der eidgenössischen Abstimmung über eine erleichterte Einbürgerung von Jugendlichen der zweiten Generation, gezeigt hat.

Integration – auch eine Frage der Zeit

Doch wer sind die Immigranten, die in unserem Land Leben? Und woher kommen sie? Zahlen-

mässig an der Spitze – obwohl in kontinuierlichem Rückgang begriffen – sind die Italiener, die heute noch 25,1 Prozent der eingewanderten Bevölkerung ausmachen gegenüber 33,8 Prozent im Jahr 1990. Viele Italiener und Italienerinnen, die ursprünglich nur für kurze Zeit hier bleiben wollten, sind immer noch hier. Vor allem jene, denen es geglückt ist, die beiden grossen Wirtschaftskrisen der siebziger und neunziger Jahre zu überstehen. Und viele von ihnen werden auch nach der Pensionierung bleiben. Das überrascht nicht, denn hier leben ihre Angehörigen, ihre Kinder und Enkel.

Auch unter den Spaniern wurde ein starker Rückgang verzeichnet. Inzwischen machen sie nur noch 6,9 Prozent der eingewanderten Bevölkerung aus. Verantwortlich für den Rückgang bei Spaniern und Italienern sind vor allem zwei Faktoren: Einerseits sind durch die Wirtschaftskrise viele der für die sogenannte erste Generation typischen Arbeitsplätze verloren gegangen, dies vor allem im Bausektor, wo nach Schätzungen der Gewerkschaft innerhalb von



«Ich weiss, dass die Schweiz und ihre Kultur der humanitären Hilfe die Probleme in meiner Heimat nicht lösen kann. Trotzdem wünsche ich mir nichts sehnlicher, als zu meiner Familie zurück zu kehren und mit meinen zwei Bussen den Lebensunterhalt zu verdienen.»
Hasib Tutul, 42, Vater von zwei Buben, Asylsuchender aus Bangladesch



Mexiko 1999



Keystone

«Die Eltern meines Vaters sind Gewaltflüchtlinge. 1920 flüchteten sie aus Polen nach Wien, wo sie innerhalb einer Woche starben und vier Kinder hinterliessen. Mein Vater und seine Geschwister kamen mit dem Roten Kreuz in die Schweiz. Heute ist Migration eine der schwierigsten politischen Fragen. Die Debatte wird hoch emotional geführt, Asylsuchende und Migranten zu Sündenböcken abgestempelt. Das Thema wird immer wieder missbraucht, um von den echten sozialen Problemen im Land abzulenken.»
 Ursula Koch, Präsidentin der Sozialdemokratischen Partei Schweiz (SPS)

sieben Jahren fast die Hälfte der Arbeitsplätze verschwunden ist.

Andererseits hat sich die wirtschaftliche Lage in einigen Gebieten ihrer Herkunftsländer deutlich verbessert. Es ist verständlich, dass die Aussichten im Falle einer Rückkehr immer verlockender werden. Mit der Heimkehr der Italiener und Spanier und der Ankunft von neuen Immigranten stehen wir einer neuen Zusammensetzung der immigrierten Bevölkerung gegenüber. Allerdings kommen auch heute noch 88 Prozent der in der Schweiz lebenden Migranten aus europäischen Ländern, einschliesslich der Staaten des ehemaligen Jugoslawiens.

Die Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien bilden denn auch nach den Italienern die grösste Ausländergruppe (23 Prozent). Ihre Zahl hat sich aufgrund der Rekrutierungspolitik der achtziger Jahre, aber auch des Krieges und des Geburtenüberschusses seit Anfang der neunziger Jahre praktisch verdoppelt. Zahlenmässig an dritter Stelle befinden sich die Portugiesen und an vierter mit sieben Prozent die Deutschen, deren Präsenz an Bedeutung zunimmt.

Bereits in den sechziger Jahren hatte die Ankunft einer grossen Zahl von Italienern in der Bevölkerung eine starke Reaktion ausgelöst. Und auch heute wieder beunruhigt die Gegenwart von Immigranten aus den Balkan- und aussereuropäischen Ländern die Schweizer Bürger und Politiker. Wer hätte zur Zeit der Schwarzenbach-Initiativen gedacht, dass sich die Ablehnung innerhalb von ein paar Jahren in ge-

genseitige Achtung umwandeln würde? Die Erfahrungen jener Zeit haben uns gelehrt, dass mit der Zeit, wenn parallel dazu die richtigen Massnahmen getroffen werden, tiefe Beziehungen auch zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen entstehen können.

Weniger Männer, mehr Frauen

«Die Zahl der Emigranten wächst in armen Ländern vor allem in Zeiten der wirtschaftlichen Entwicklung. Insbesondere wandern Leute mit einer guten Ausbildung aus, denn diese möchten eine ihrer Ausbildung entsprechende Arbeit und ein gutes Einkommen. Erst wenn die wirtschaftliche Entwicklung des Herkunftslandes einen gewissen Stand erreicht hat, denken die einst Emigrierten an eine Rückkehr», erklärt Peter Spycher, Verantwortlicher für den Bereich Migration in der DEZA.

Aber nicht alle gehen über die Grenzen. Aufgrund der Umweltzerstörung, des Raubbaus an den natürlichen Ressourcen, aber auch aufgrund fragwürdiger Agrarreformen verlassen viele die ländlichen Gebiete, um sich in einer grossen Stadt niederzulassen. Das Phänomen der Landflucht, von dem 80 Millionen Menschen betroffen sind und zu denen jedes Jahr weitere eineinhalb Millionen hinzukommen, überfordert die wirtschaftliche Struktur vieler Entwicklungsländer und stellt schier unlösbare Probleme an die schnell wachsenden Städte.

Die Emigration zeigt heute ein anderes Gesicht: Wenn früher vor allem Männer auf der Suche nach Arbeit auswanderten, so nimmt heute die Zahl der



Argentinien 1998

Frauen aus dem Fernen Osten am schnellsten zu; jedes Jahr machen sich 800 000 neue Emigrantinnen auf den Weg. Was die Gesamtheit der legalen Migration in den Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) betrifft, so wurde vergangenes Jahr im Vergleich zu den letzten zehn Jahren ein Rückgang der Immigration verzeichnet.

Vor allem in jenen Länder, die sich laut Gesetz nicht als Immigrationsländer definieren, werden die wirtschaftlichen Potentiale der Einwanderer oft nicht erkannt und die einheimische Bevölkerung bangt in erster Linie um die eigenen Arbeitsplätze. Eine Untersuchung von Peter Stalker von der «International Labour Organization» in Genf zeigt hingegen auf, dass die Länder mit einer hohen Einwanderungsquote wie Australien, die USA und Kanada in der Regel keine besonders hohen Arbeitslosenquoten kennen. In den Vereinigten Staaten zum Beispiel ist die Zahl der Hausbesitzer unter der eingewanderten Bevölkerung grösser als unter der Einheimischen, und die Immigranten bezahlen mehr Steuern als sie Sozialleistungen empfangen. Die Einwanderung ist also ein wichtiger Wachstumsfaktor für die Wirtschaft, und dies nicht nur für das Aufnahmeland. Denn die meisten Immigranten investieren einen Teil ihres Einkommens in ihrem Herkunftsland und tragen auf diese Weise beträcht-

lich zur wirtschaftlichen Entwicklung bei. Laut Peter Spycher stellen diese Überweisungen eine wichtige finanzielle Quelle für die Wirtschaft des Herkunftslandes und eine unentbehrliche Form der Entwicklungshilfe dar. Tatsache ist: In den neunziger Jahren erreichten diese Überweisungen Beträge von jährlich 70 Milliarden Dollar und überstiegen somit die Investitionen der internationalen Entwicklungshilfe.

(Aus dem Italienischen)



Agra

«Die Auswanderung hat mir erlaubt, eine privilegierte Warte einzunehmen, denn ich habe mein Land nicht aus Not verlassen. In der Welt gibt es aber Millionen von Menschen, die aus Hunger gezwungen sind, sich auf den Weg zu machen. Die Schere zwischen reichen und armen Ländern ist nicht länger vertretbar. Nur wenn wir solidarisch sind, können wir vermeiden, dass weitere Millionen Menschen ihr Zuhause verlassen müssen.»

Pippo Pollina, sizilianischer Liedermacher in Zürich

«Wer Arbeit hat, denkt nicht an Migration»



«Ich war nicht gezwungen zu gehen, somit bereitete mir die Migration auch überhaupt keine Probleme. Ich bezeichne mich lieber als Weltbürger denn als Migranten. Integration ist wichtig, um dem Rassismus vorzubeugen. Die Integration muss aber von beiden Seiten her kommen – das Schönste ist der gegenseitige Austausch: Gleichzeitig zu geben und zu erhalten.»
Abdellatif Takkal stammt aus Marokko; lebt seit 15 Jahren in der Schweiz



«Im 19. Jahrhundert haben die europäischen Kolonialherren Chinesen gekauft – zu 8 Dollar pro Kopf – und sie weltweit als Sklaven eingesetzt. Dank dieser Emigranten ist Singapur heute eine reiche Stadt. Die Chinesen trugen auch zum Wohlstand Malaysias bei, wo sie auf den Kautschukplantagen arbeiteten. Sie bauten den Panama-Kanal sowie Eisenbahnen in den USA und in Kanada.»
Han Suyin, chinesische Schriftstellerin in Lausanne

Migration ist auch für die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) ein wichtiges Thema. Allerdings entsprechen ihre Aufgaben und Projekte in diesem Bereich nicht immer den Erwartungen und Forderungen, die an sie herangetragen werden. DEZA-Direktor Walter Fust im Interview mit Gabriela Neuhaus.

Eine Welt: Migration ist ein Thema, das Auswanderungs- und Einwanderungsbehörden beschäftigt, die Fremdenpolizei und die Asylbehörden. Was ist die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit und damit der DEZA in diesem Bereich?

Walter Fust: Wir befassen uns mit den Dimensionen globaler Fehlentwicklungen: Armut, Umwelt, Wasserknappheit, Hunger. In diesem Zusammenhang müssen wir uns auch mit den weltweiten Migrationsströmen und deren Ursachen beschäftigen. Dazu gehören Konflikte, Verfolgung, Umweltkatastrophen – aber auch Arbeitslosigkeit oder das Fehlen von Zukunftsperspektiven führen zu Auswanderung. Menschen, die in kargen Verhältnissen leben, haben zudem das Verlangen, jenen Bildern nachzugehen, die übers Fernsehen verbreitet werden und bei ihnen Sehnsüchte auslösen – auch sie wollen in einem besseren Umfeld leben.

Was konkret unternimmt die DEZA, um Migrationsströmen zu begegnen?

Unser Ziel ist es, die Situation vor Ort zu verbessern. Zum Beispiel mit einem Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen: Wenn Sie das Kleingewerbe fördern, schafft dies viele neue Chancen für unternehmerische Menschen. Oder nehmen wir das nationale Latrinenprogramm in Bangladesch: Damit wurde eine erhebliche sanitärische und gesundheitliche Verbesserung für die Bevölkerung geschaffen – gleichzeitig waren während fünf Jahren 20 000 Leute beim Bau der Toiletten beschäftigt. Jene, die Arbeit haben in einer Volkswirtschaft, denken nicht an Migration.

Die via Fernsehen verbreiteten Traumbilder vom Westen lassen einen nur schwer nachvollziehen, dass die Schaffung relativ bescheidener Arbeitsplätze wie zum Beispiel beim Latrinenbau die

Sehnsüchte der Menschen im Süden bremst und sie von der Migration abhält.

Nein, das kann die Leute nicht zurückhalten. Wichtig sind die Signale, die aus den Industrieländern kommen: Solange illegale Einwanderer bei uns Arbeit finden, sind wir attraktiv. Die Leute kommen nicht wegen der Fürsorgeleistungen, wie man das immer wieder hört, sondern wegen der Arbeitsmöglichkeiten. Ich käme auch, wenn ich in bitterer Armut in einem Entwicklungsland leben würde. Es ist beeindruckend: Weltweit sind heute etwa 45 Millionen Menschen auf der Flucht und weitere 80 Millionen finden in ihrer Heimat kein Auskommen. Die Leute, die in der Migration arbeiten, transferieren insgesamt zwischen 70 bis 80 Milliarden Dollar im Jahr in ihre Länder zurück – eine Summe, die fast doppelt so gross ist wie die offiziellen Mittel, welche alle Industrieländer zusammen in die Entwicklungszusammenarbeit investieren.

Sind angesichts dieser Dimensionen die Möglichkeiten einer DEZA nicht höchstens ein Tropfen Wasser auf einen heissen Stein?

Wir können eine Differenz schaffen, damit weniger Migration entsteht. Allerdings ist unsere Arbeit auf eine Langzeitwirkung ausgerichtet. Wir können nicht, wie das oft erwartet wird, mit unseren Projekten vor Ort die aktuellen Asylprobleme in der Schweiz lösen. Migration ganz verhindern, können wir sowieso nicht – vor allem nicht, wenn sie durch bewaffnete Auseinandersetzungen entsteht, wie zum Beispiel in Bosnien, Kosovo oder afrikanischen Ländern.

Die Forderung an die DEZA, Migration zu verhindern, wird aber von der Öffentlichkeit und gewissen politischen Kreisen immer lauter gefordert. Besteht nicht die Gefahr eines politischen Missbrauchs der Entwicklungszusammenarbeit?



K. Van Lohuizen / Vu

Ruanda 1997

Die Gefahr, dass man versucht, die Entwicklungszusammenarbeit für die Lösung der Probleme in der Schweiz zu instrumentalisieren, ist gross. Unsere Aufgabe ist es aber, den Menschen in unseren Partnerländern zu helfen, ihre Situation im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe zu verbessern. Es wäre verheerend, würde man aus falsch verstandenem Eigeninteresse die Zielsetzungen ändern. Natürlich stellt sich immer wieder die Frage: Was sind echte Asylanten und was sind Migranten? Die Unterscheidung ist schwierig, aber wichtig. Ich befürchte, dass man die humanitäre Asylpolitik langfristig aushöhlt, wenn wir es nicht schaffen, die illegale Wanderung einzudämmen oder international besser zu steuern.

Sind dies Aufgaben der DEZA?

Nein. Aber selbstverständlich muss sich die DEZA aus der Sicht ihrer Partnerländer und ihrer Arbeit Gedanken machen. Wir können uns dem Ganzen nicht entziehen – es ist wichtig, auf diese Zusammenhänge aufmerksam zu machen.

Im Zusammenhang mit dem Rückkehrprogramm vorläufig aufgenommener Flüchtlinge nach Bosnien hat sich die DEZA in einen neuen Aufgabenbereich vorgewagt. Wie beurteilen Sie dieses Programm?

Man wollte ein finanzielles Anreizsystem schaffen, um die freiwillige Rückkehr nach Bosnien zu fördern. Gleichzeitig konnten wir aber nicht Leute, die während des Konflikts in der Schweiz Zuflucht gefunden hatten, vorteilhafter behandeln als jene, die während des Kriegs im Land geblieben waren. Deshalb mussten wir auch Mittel freisetzen, um in

Bosnien direkte Unterstützung zu leisten. Mit ähnlichen Fragen werden wir uns zu gegebener Zeit bezüglich der Leute aus dem Kosovo* auseinandersetzen. Wir haben aber auch viele abgewiesene Asylbewerber aus Entwicklungsländern, die zurück müssen – dort haben wir ein Vollzugsproblem. Bei der DEZA müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie wir Synergien schaffen können, um die Voraussetzungen für Rückkehroperationen in diese Länder zu verbessern.

Gibt es konkrete Projekte oder Vorstellungen?

Zusammen mit dem Bundesamt für Flüchtlinge gehen wir diese Probleme jetzt in der gemeinsamen Arbeitsgruppe «Rückkehr» an. Dabei können wir unser Know How vor Ort einbringen und die Situation in den Partnerländern einschätzen. Bei all diesen Diskussionen und Versuchen, das Ganze managementmässig in den Griff zu bekommen, dürfen wir nie vergessen, dass hinter jeder Migration, ob legal oder illegal, ein Mensch steht mit seinen Gefühlen und Beweggründen. Es wäre schlimm, Migration gänzlich zu unterbinden. Ziel müsste es sein, die Migration so zu steuern, dass es nicht zu illegalen Fluchtbewegungen kommt und in der Folge zu einem Kulturschock, der dazu führt, dass die einheimische Bevölkerung nicht mehr dazu bereit ist, Fremdes zu akzeptieren.

**Das Interview wurde vor der Eskalation des Kriegs geführt.*



Keystone

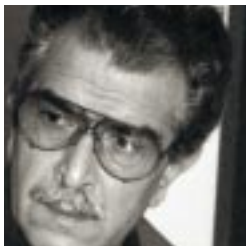
«Es ist an den Immigranten, sich um Integration zu bemühen. Um sich wohl zu fühlen, muss man die Sprache lernen und sich mit den Traditionen und der Mentalität des Landes befassen. Für denjenigen, der mit einem Arbeitsvertrag in die Schweiz kommt, ist das relativ einfach. Der Ausländer ohne Arbeit muss sich gleichzeitig um die Anerkennung seiner beruflichen und menschlichen Qualitäten bemühen, was Zeit braucht.»

Slava Bykov, russischer Hockeyspieler, lebt seit neun Jahren in der Schweiz

Vom Versuch, die Richtung zu ändern



«Um in seinem Adoptionsland glücklich zu sein, muss man mit den Menschen leben, ihnen entgegen gehen, sich an ihre Lebensart anpassen und Zeit nehmen, das Land zu entdecken. Ich liebe die Schweiz. Ich habe viele Freunde und Bekannte, welche meine zweite Familie geworden sind. Aber Portugal ist immer in meinem Herzen. Und dorthin werde ich im Alter zurückkehren.»
Fernanda Caetano, Portugiesin, Supermarktkassierin, lebt seit 18 Jahren in Genf



«Das Migrationsproblem wird explosiv, wenn wir nicht zwei Massnahmen ergreifen. In Europa kann nur die vollständige Integration der Ausländer den Niedergang einer von Überalterung bedrohten Zivilisation verhindern. Andererseits sollten wir den armen Ländern effizient helfen, damit sie ihre Grundbedürfnisse für ein friedliches Leben decken können, ohne dass der Waffenhandel mitmischte.»
Fahim Cherzai, afghanischer Ökonom, Freiburg

Seit vier Jahren lernen die Einwohner von Burkina Faso, in der lokalen Politik mitzuarbeiten – eine unerhörte Erfahrung für ein Land, das seit Beginn der Unabhängigkeit zentral regiert war. Die von der DEZA unterstützte Dezentralisierung hat wirtschaftliche Ressourcen um die Sekundärstädte mobilisiert. Von Jane-Lise Schneeberger.

Als der Zentralstaat 1991 die demokratische Verfassung verkündete, willigte er damit ein, einen Teil seiner Machtbefugnisse an die demokratisch gewählten lokalen Behörden abzugeben. Darauf folgte die Anpassung der territorialen Organisation: in rund zehn Jahren dürfte Burkina an die 500 Gemeinden mit «voller Handlungsfähigkeit» zählen. Bei den Wahlen vom Februar 1995 wurden in 33 Stadtgemeinden erstmals die Behörden vom Volk gewählt. Dasselbe wird in 14 weiteren Gemeinden nach den voraussichtlichen Wahlen im Jahre 2000 geschehen. Die Landregionen sind vorläufig noch nicht betroffen.

Die DEZA unterstützt diese Umwandlung seit 1994. Sie gehört zu einer Gemeinschaft von vier Geldgebern, welche die Aktivitäten der Nationalen Dezentralisierungskommission (CND) finanzieren. Diese hat den Auftrag, den Prozess auszuarbeiten und umzusetzen. Die CND hat bei der Einsetzung und Ausbildung der Gemeindeteams mitgeholfen. Wenige gewählte Politiker wussten bis dahin, wie man eine Gemeinschaft führt.

Antrieb für die Wirtschaft

Mit dem Erlernen der Demokratie geht der Aufbau der lokalen Wirtschaft einher. Die Dezentralisierung muss die sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten in den Sekundärstädten antreiben. Dies ist der zweite Bereich, in dem die DEZA Unterstützung gewährt. Sie beteiligt sich am Regierungsprogramm zur Entwicklung von zehn mittelgrossen Städten – in drei davon, Ouahigouya, Fada N'Gourma und Koudougou finanziert sie gemeinschaftliche Einrichtungen.

Mit der Arbeit wurden lokale Handwerker betraut. Schrittweise bauen sie einen Markt auf, einen Busbahnhof, einen Schlachthof, ein Drainagesystem usw. Die Städte erhalten ausserdem, je nach Bedürfnis, ein Gymnasium, ein Ambulatorium oder eine Apotheke. Für alle drei stand eine Einrichtung im Vordergrund, welche der Gemeinde finanzielle

Einkünfte bringen dürfte: ein gedeckter Markt. Als Eigentümerin kann die Gemeinde bei den Händlern, welche hier ihre Produkte verkaufen, Abgaben einziehen.

Die Frage der Gemeinderessourcen ist eine der grössten Herausforderungen der Dezentralisierung. Wenn die Gemeinden nicht ein Minimum an Steuereinnahmen zur Verfügung haben, könnte der gesamte Prozess in Frage gestellt sein. «Die Steuerfrage ist noch nicht gelöst, aber wir befassen uns



J.-C. Gahmer / CIRIC

damit. In einigen Gemeinden führten Reorganisationen bereits zu einem substanziellen Wachstum des Budgets», stellt Caroline Nigg fest, die DEZA-Programmverantwortliche für Burkina Faso.

Anziehungspunkt Stadt

Die DEZA hilft den Gemeinden bei ihren neuen Befugnissen, namentlich bei der Bautätigkeit, der Nutzung der gemeinschaftlichen Einrichtungen und der Suche nach einer Steuerberechnung. Die Gemeinden lernen zudem, mit Hilfe von aussen umzugehen. «Die Dezentralisierung hat die Geldgeber zur Finanzierung von Investitionen in den Gemeinden angeregt», sagt Caroline Nigg. Neben den gesetzten politischen und wirtschaftlichen Zielen erwartet die Regierung von der



12

13

Dezentralisierung, die Migrationsströme in den Griff zu bekommen, von denen sie einen Teil in die Sekundärstädte umleitet. Die Elfenbeinküste ist für die Bewohner von Burkina Faso seit jeher sehr attraktiv, wo sie in Kaffee- und Kakaopflanzungen arbeiten. Diese starke internationale Migration geht im wesentlichen von den Landregionen aus. Laut einer 1993 vom «Netzwerk für Migration und Urbanisierung in Westafrika» durchgeführten Umfrage leben rund 1,75 Millionen «Burkinabé» in der Elfenbeinküste – das sind 18 Prozent der Bevölkerung von Burkina Faso. Die Migration im Land selber dagegen bekommen vor allem die Hauptstadt Ouagadougou und die zweitgrösste Stadt des Landes, Bobo Dioulasso, zu spüren. In diesen beiden Städten allein leben 70 Prozent der Stadtbevölkerung.

Vom Land in die Stadt

Längerfristig sollte die Entwicklung der Sekundärstädte den Arbeitsmarkt anregen. «Sie wird zur Schaffung von Arbeitsstellen führen, entweder direkt, in der Verwaltung, im Gesundheitswesen, der Polizei oder im Schulwesen, oder indirekt über Handel und Dienstleistungen, namentlich im informellen Sektor», sagt der französische Demograph und Westafrika-Spezialist Philippe Bocquier. «Es wäre deshalb interessant zu sehen, ob es möglich ist, mit der Dezentralisierung einen Teil der Jungen, welche normalerweise in die Elfenbeinküste ab-

wandern, in den Städten zu halten», fügt er bei. Der Gemeindepräsident von Ouahigouya, Bernard Lédéa Ouedraogo, hat bereits einen positiven Effekt in dieser Richtung festgestellt. Die Stadt ist eine riesige Baustelle geworden, so sind zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen und Industriebetriebe entstanden. Diese neuen KMU und KMI «schaffen Arbeitsplätze für die Jungen, welche den Hauptharf der Wanderarbeiter stellen», meint der Gemeindepräsident. Allerdings wird die Dezentralisierung, so Philippe Bocquier, den ländlichen Exodus kaum bremsen, sie könnte ihn sogar verstärken: «Wenn man die Möglichkeit hat, in einer grossen Stadt in der Nähe zu leben, zieht man vielleicht noch eher vom Land weg.»

(Aus dem Französischen)



«Ich befasse mich vor allem mit der älteren Migration (der 60er Jahre) und habe bemerkt, dass die Aufnahmegesellschaft sehr wohl die Probleme, die die Migranten stellen, wahrnimmt, aber deren eigene Probleme und Forderungen nicht wirklich kennt. Zurzeit fordern beispielsweise die Italiener eine permanente Aufenthaltsbewilligung, die den Jüngeren ermöglichen soll, sich für längere Zeit im Ausland aufzuhalten, insbesondere um an europäischen Universitäten zu studieren, und den pensionierten Migranten erlaubt, zwischen Heimatort und Aufenthaltsort in der Schweiz zu 'pendeln'.»
Giovanna Meyer-Sabino,
Journalistin Tessiner
Fernsehen (TSI)



Es war einmal eine Revolution...



Rafael Archondo arbeitet seit seinem 19. Altersjahr, als er an der Fakultät für Kommunikationswissenschaften der katholischen Universität Boliviens studierte, als Journalist. Danach lebte er ein Jahr in Madrid, wo er bei der Zeitung ABC sein Journalistendiplom erwarb. Anschliessend war er in verschiedenen Funktionen auf Direktionsebene bei den Tageszeitungen La Razón und La Prensa in La Paz tätig.

Als sie im Alter waren, den Geschichten ihrer Grossmütter zu lauschen, entdeckten viele Kinder in Bolivien die «angeborene» Bösartigkeit der «Bewegten». So nannte man die Mitglieder der Nationalistischen Revolutionären Bewegung (MNR), welche im April 1952 durch einen Volksaufstand an die Macht kam. Demnach wären diese blutrünstigen Männer mit geschulterter Waffe für alle Übel Boliviens verantwortlich. Angeblich hat ihr auf Revanche ausgerichteter Eifer eine dunkle Periode in der bolivianischen Geschichte eingeleitet, die geprägt war von Gewalt, Angst und Rationierung. Meine Grossmutter war überzeugt von den «schädlichen» Auswirkungen der Agrarreform, welche die MNR 1953 verfügt hatte. Von einem Tag auf den anderen hatte meine Familie keine Überlebensgrundlage mehr, und musste Dinge lernen, welche nichts mehr mit der Landwirtschaft zu tun hatten. Viele Landbesitzer wurden Lehrer, um in dieser plötzlich veränderten Welt zu überleben. Zu jener Zeit wurde alles, was nicht funktionierte, jede soziale Umwälzung dem Sturm zugeschrieben, den die «Bewegten» ausgelöst hatten.

Heuschreckenplage

Für die älteren Menschen während meiner Kindheit begann mit der nationalen Revolution von 1952 die Dekadenz der Menschen und des Staates: bewaffnete Milizen in den Strassen, Alkoholismus, die massive Abwanderung der Bauern in die Städte, Korruption unter den Beamten, grosse Nahrungsmittelknappheit und die unverschämten Forderungen der Menschen mit der kupferüberzogenen Haut, welche in einer veralteten Gesellschaft die soziale Leiter emporsteigen wollten. Die «Bewegten» galten als Teufel in Person, eine eigentliche Heuschreckenplage im Maisfeld.

Unsere Eltern dachten anders. Sie hatten weder Landeigentum noch die versklavten Indianer gekannt. Sie übernahmen falsche Rebellenpositionen, ihre Sympathie gehörte den Armen. Ein schlimmerer Generationenkonflikt als in meiner Familie ist

kaum vorstellbar. Mein Grossvater, ein Berufsmilitär, verfocht die faschistischen Ideen seiner Zeit. Seiner Meinung nach hing das Wohl des Landes von militärischer Disziplin und der systematischen Ausrottung aller Rebellionsgedanken ab. Gewerkschaften und marxistische Bewegungen mied er wie die Pest. Es dauerte nicht lange, und sein einziger Sohn fand den Weg ins gegnerische Lager. Auch er wollte Stiefel und Waffe tragen – er aber wollte der Guerillabewegung des in Bolivien umgekommenen Argentinien-Kubanners Ernesto Che Guevara beitreten.

Gespannte Kohabitation

Man könnte sagen, Bolivien geht durch einen ständigen internen Kolonisationsprozess. Seit Jahrhunderten leben da zwei Gesellschaften unter dauernden Spannungen. Die eine, eingewandert und mit westlichen Zügen, fühlt sich stark der Aussenwelt verbunden. Sie vertritt eine relativ universelle Kultur. Die einheimische, indigene Gesellschaft ist zwar demographisch, nicht aber strategisch vorherrschend. Ihre stille oder explosive Präsenz löste im anderen Lager Furcht und Misstrauen aus. Unsere Grosseltern klagten über die Agrarreform, welche sie auf die Strasse geworfen habe. In Wirklichkeit ging es darum, dass sie sich von einer aufstrebenden Volkskultur, welche von jahrhundertelanger Passivität zu politischen Aktivitäten übergegangen war, mit Gewalt vertrieben fühlten. Die ehemaligen Landbesitzer trugen in sich die Widersprüche eines Staates, dessen höchstes Ziel es war, die kulturellen Züge der Mehrheitsbevölkerung auszuradieren.

Aus der Stummheit erwacht

Vor der Revolution lebten die Landbesitzer mit ihren Sklaven zusammen, mussten gar die indigenen Sprachen lernen, um mit ihnen kommunizieren zu können. Unsere Eltern dagegen gehörten zu den Ausgebeuteten und kannten deshalb weder Lebensart noch Sprache ihrer Schützlinge. Sie



14

15

schwenkten die Fahne des Marxismus, in Wirklichkeit aber waren ihre Beziehungen zu den Arbeitern und Bauern eher zufälliger Natur.

Der Aufstand von 1952 hatte zwar die einheimische Bevölkerung aus ihrer politischen Trägheit aufgeweckt, aber sie wurde trotzdem nicht vollständig in den Prozess der Entschlussfassung eingebunden. Heutzutage gibt es keine bewaffneten «Bewegte» mehr, die Guerilleros sind aus den Bergen verschwunden. Der interne Kolonialismus aber ist geblieben. Diese langsame kulturelle Durchmischung bringt es mit sich, dass die westlichen Werte neben die Visionen der Urbevölkerung zu stehen kommen. Das führt zu Zusammenschlüssen, Verstellungen und Unterordnung.

Wegen der Agrarreform zogen Hunderte von Einheimischen in die Städte, sie mussten Spanisch lernen, und heute nehmen sie als Bürgerinnen und Bürger am politischen Leben teil. Trotzdem ist die alte Generation, diejenige der im Ghetto der Macht lebenden Weissen, nach wie vor verunsichert. Als ob sie fühlte, dass nichts wirklich gelöst ist.

(Aus dem Spanischen)



Keystone

Zwischen Gas und Koka, Protest und Resignation

Bolivien ist das ärmste Land Südamerikas. Politische Wirren verhinderten immer wieder eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation. Nach vielversprechenden Ansätzen wurde der Aufschwung gebremst durch fehlende Infrastruktur, mangelnde Ausbildung und schwankende Rohstoffpreise. Von Martin Durrer*.



Keystone



Toni Linder / DEZA (5)



AP

Vierhundert Gäste waren geladen. Die Zeremonie fand Mitte Februar dieses Jahres zwischen dem bolivianischen Puerto Suarez und der brasilianischen Grenzstadt Corumba statt: Boliviens Präsident Hugo Banzer und sein brasilianischer Amtskollege Cardoso eröffneten den ersten Abschnitt der Pipeline, die bolivianisches Gas von Santa Cruz zu den grossen Industriezentren in der Umgebung der brasilianischen Wirtschaftsmetropole São Paulo transportieren soll – ein Milliardengeschäft zwischen dem ärmsten und dem reichsten Land Südamerikas. Bolivien verfügt über noch weitgehend ungenutzte Gasvorräte, und Brasiliens Industrie hat in den letzten Jahren immer mehr unter Energieknappheit zu leiden begonnen.

Ein ideales Geschäft für beide, würde man meinen. Am Festakt war denn auch ausgiebig die Rede von Partnerschaft, Integration und einer blühenden Zukunft. Dennoch wussten beide Präsidenten, dass die neue Pipeline, mindestens vorläufig, unter einem schlechten Stern steht: Brasilien steckt in einer schweren Wirtschaftskrise, deren Ende nicht abzusehen ist. Niemand ist heute bereit, in Gasturbinenkraftwerke zu investieren. Boliviens Rechnung wird kaum so schnell aufgehen, wie man sich das in La Paz erhofft hatte.

Führungsschicht unglaublich

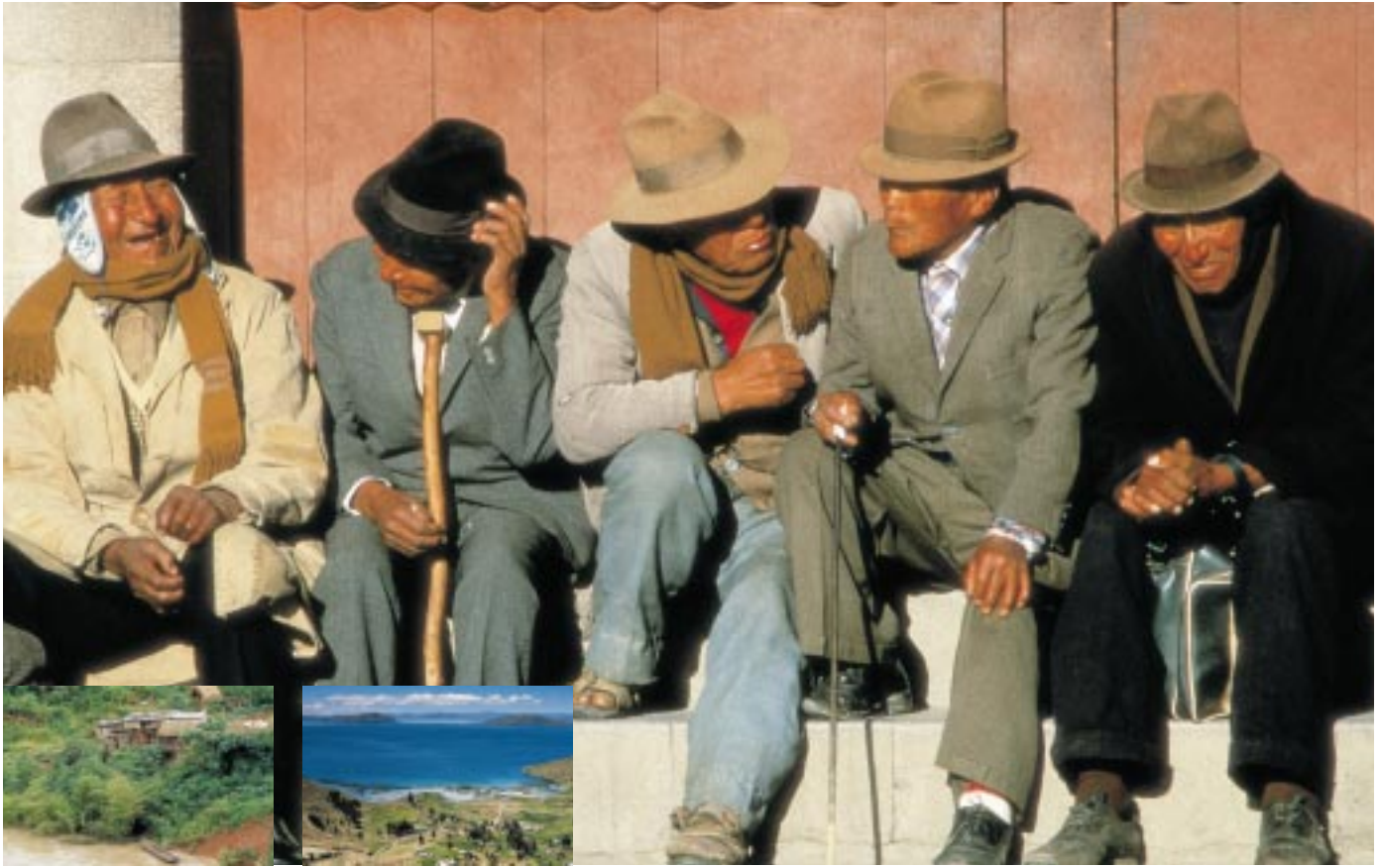
Während Hugo Banzer anlässlich der Feier an der Grenze zu Brasilien optimistisch in die Zukunft blickte, kämpfte sein Volk zu Hause mit der Gegenwart. Seit letztem Dezember wiederholen sich Demonstrationen der militanten und teilweise sehr radikalen Gewerkschaften, die gegen die rigorose Sparpolitik der Regierung protestieren und nicht akzeptieren, dass die bitterarme Bevölkerung immer neue Opfer auf sich nehmen muss.

An die Versprechen der Regierung, dass mit diesen Opfern das Fundament für den wirtschaftlichen Aufschwung gelegt werde, glaubt längst niemand mehr. «Jene, die an der Macht sind, sind nicht arm wie wir. Sie schlafen nicht auf dem blossen Boden wie wir. Und sie leben nicht in den Elendsvierteln oder in El Alto, wie wir», sagt der Gewerkschaftsführer Felipe Quispe. «Das kümmert sie nicht. Es ist nicht glaubwürdig, wenn sie behaupten, dass sie gegen die Armut im Land kämpfen.» Tatsächlich könnten die Unterschiede zwischen der Führungsschicht und der armen Bevölkerung kaum krasser sein. Ein Arbeiter mit Mindestlohn kommt umgerechnet auf 80 Franken im Monat, ein Parlamentsabgeordneter lässt sich dagegen das Hundertfache überweisen: rund 8000 Franken.

Hoffen auf die Stadt

Seit der Hyperinflation der frühen achtziger Jahre halten sich die bolivianischen Regierungen strikt an die wirtschaftspolitischen Vorgaben des Internationalen Währungsfonds IWF. Die neoliberale Roskur hat die Preise schnell stabilisiert. Die Teuerung liegt seither deutlich unter zehn Prozent, was bei einem Mindestlohn von 80 Franken immer noch viel ist. Kehrseite des harten Sparkurses war eine Massenarbeitslosigkeit, die heute noch wächst. Es gibt Schätzungen, die davon ausgehen, dass bis zu 80 Prozent der Bevölkerung im informellen Sektor, der Schattenwirtschaft, tätig sind.

Die ländlichen Gebiete entvölkern sich, die armen Bauern finden kein Auskommen und versuchen in den Städten ihr Glück: Die Randzonen des Wirtschaftszentrums Santa Cruz wachsen in atemberaubendem Tempo. El Alto, einst Vorort von La Paz, auf viertausend Metern Höhe, ist mit über 600 000 Einwohnern zur selbständigen Stadt ge-



worden - und jährlich vergrößert sich die Stadt um weitere 60 000 Neuzuzüger. «Jeden Tag kommen Lastwagen vom Land mit Leuten drauf, die sich hier ansiedeln wollen», erzählt Jaime Bartoli, Pfarrer in El Alto. «Sie kommen bei Verwandten unter. Zwei, drei Familien leben zusammengepfercht auf engstem Raum.» Die meisten der kleinen Häuschen aus Lehmziegeln haben weder Strom, noch fließend Wasser.

Trotzdem: Bolivien erlebte in den letzten Jahren nicht nur Stillstand. Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada, Banzers Vorgänger, hat das Land umgebaut und verändert. Der schwerreiche Unternehmer, der lange in den USA gelebt hatte und nur mit US-Akzent spanisch sprach, hat Bolivien zu reformieren versucht, als hätte er es mit einer maroden Firma zu tun. Aber er ist nicht bei wirtschaftlichen Massnahmen stehen geblieben. Er hat auch die Demokratisierung Boliviens voran getrieben und den Gemeinden mehr Autonomie gegeben: Die Bevölkerung erhielt die Möglichkeit, ihre Kommunalangelegenheiten selber zu regeln und ein eigenes Gemeindebudget zu verwalten. Lozada hat zudem eine Schulreform in Angriff genommen und sogar versucht, eine Altersvorsorge zu schaffen, die aus den Mitteln der Privatisierungen finanziert werden sollte.

Schwieriger Fortschritt

Dies waren vielversprechende Ansätze, die aber fast alle in den Anfängen stecken geblieben sind. Die Bevölkerung war auf die neuen Möglichkeiten der Gemeindeautonomie nicht vorbereitet und lernt erst langsam, mit den komplizierten bürokratischen und juristischen Verfahren umzugehen und so ihre Rechte gegenüber der Regierung in La Paz zu reklamieren. Die Gemeindegebiete sind entweder sehr

klein und darum wirtschaftlich kaum überlebensfähig – oder ihr Territorium ist so gross, dass sie nicht effizient verwaltbar sind. Die Schulreform hat sich zwar vorgenommen, den Analphabetismus zu reduzieren und respektiert auch teilweise die Rechte der indigenen Bevölkerung auf ihre eigene Kultur. Gleichzeitig wurde aber das Erziehungsbudget gekürzt. Und die Pensionskasse, die aus den Einnahmen der Privatisierungen gespeist werden sollte, klappte schon nach der ersten Auszahlung wieder zusammen.

Die gut vier Prozent Wirtschaftswachstum reichen nicht für einen echten Aufschwung. Bolivien scheitert immer wieder an seinen strukturellen Problemen. Es fehlt gut ausgebildetes Personal, die Rohstoffexporte sind von schwankenden Weltmarktpreisen abhängig, und die Infrastruktur des weitläufigen Landes (rund dreimal so gross wie Deutschland) ist miserabel. Das Verkehrssystem verfügt gerade über 3000 Kilometer asphaltierter Strasse.

Und auch die Zukunftsaussichten sind nicht rosig: die Wirtschaftskrise in Brasilien und Argentinien wird Bolivien weiter schwächen. Präsident Banzers höchstes Ziel bleibt es, unter Druck der USA, die illegalen Kokaplantagen zu zerstören. Im Norden mag man das löblich finden, aber Alternativen zur Kokaproduktion haben weder die USA noch Banzer zu bieten, und einem grossen Teil der Bevölkerung nimmt der Präsident damit genau das, was er ihnen im Wahlkampf versprochen hatte: Pan y trabajo – Brot und Arbeit.

** Martin Durrer ist Südamerika-Korrespondent von Radio DRS und schreibt u.a. regelmässig für Die Weltwoche. Er lebt in Buenos Aires, Argentinien.*

Zahlen und Fakten

Fläche	1 098 581 km ²
Bevölkerung	7,7 Millionen
Bevölkerungswachstum	2,3% pro Jahr
Kindersterblichkeit	11%
Lebenserwartung	63 Jahre
Analphabetismus	Stadt 8,9%
	Land 36,5%
Ethnien	
	Quechua 30%
	Aymara 25%
	Europäer 5-15%
	Mestizen 25-30%
Sprachen	Spanisch, Quechua, Aymara
Bodenschätze	Zinn, Erdgas, Petrol, Zink, Wolfram, Silber, Gold, Holz
Wirtschaftszweige	
	50% Landwirtschaft
	26% Dienstleistung
	10% Handwerk
	4% Minen
Bruttoinlandsprodukt	762 US-Dollar p/Pers.
Wichtigste Exportgüter	
	Metalle 46%
	Chemikalien 21%, landw. Produkte 33%
	(Kaffee, Soja, Zucker, Baumwolle, Holz)





Das Ding im Alltag

Lebensnerv Koka

Der Kokastrauch ist eine traditionelle Kulturpflanze der Anden – das Kauen der Blätter gehörte bei den Inkas zu den religiösen Zeremonien. Es wirkt gegen Hunger und Erschöpfung, was die spanischen Kolonisatoren zur Ausbeutung der Minenarbeiter nutzten. Noch heute gehören Kokablätter zum Alltag der verarmten Bevölkerung, vor allem aber ist der Strauch ein zentraler Wirtschaftsfaktor. Die illegale Kokaproduktion zur Herstellung von Kokain bringt dem Land jährlich schätzungsweise über eine halbe Milliarde Dollar ein und beschäftigt hunderttausende von Menschen. Unter dem Druck der USA hat die Regierung Banzer begonnen, illegale Plantagen zu zerstören. Sie stösst dabei auf immer heftigeren Widerstand der Bauern, weil ihnen mit dieser Kampagne die Lebensgrundlage entzogen wird.



Tom Linder / DEZA

Schweiz und Bolivien: vier prioritäre Problemkreise

Seit 30 Jahren begleitet die Schweiz Bolivien in seiner wechselvollen Geschichte und unterstützt dessen Entwicklung. Nach langen Jahren politischer und sozialer Unsicherheit und Instabilität, haben sich seit 1982, als das Militärregime durch eine zivile Regierung abgelöst wurde, die Rahmenbedingungen für die Entwicklungsarbeit wesentlich verbessert. Boliviens Regierungen sind seit 1985 um wirtschaftliche Sanierung und um eine Stabilisierungspolitik bemüht, deren Umsetzung aber auf grosse Schwierigkeiten stösst. Die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit setzt ihre Prioritäten bei vier zentralen Problemkreisen des Landes:

- Schwaches Wirtschaftswachstum mit wenig Expansionseffekten
- Armut und Marginalisierung grosser Bevölkerungskreise
- Raubbau an der Natur, schleichende Umweltzerstörung
- Strukturelle Schwächen, welche die Umsetzung von Reformen behindern.

Zur Förderung der Demokratie in der bolivianischen Gesellschaft, werden zum Beispiel die besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen wie Frauen oder Indios im Hinblick auf eine bessere Einbeziehung in die gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse gefördert. Kleingewerbe und Bauernfamilie sollen bessere Produktionsbedingungen und einen besseren Zugang zum Markt erhalten. Hier leistet die Schweiz einen Beitrag zur Ernährungssicherheit und zur Schaffung von Einkommen und Arbeitsplätzen. Nachhaltige Nutzungsformen sollen zur Erhaltung der Artenvielfalt und zu einer Verbesserung der Umweltsituation in Bolivien führen. Mit Unterstützung des Bundesamts für Aussenwirtschaft (BAWI) soll zudem die Integration Boliviens in den Weltmarkt gefördert werden. Insgesamt beträgt die öffentliche Entwicklungshilfe aus der Schweiz jährlich rund 21 Millionen Franken.

Aus der Geschichte

Um 200 v.Chr. entsteht im heutigen bolivianischen Hochland das kulturelle Zentrum Tiahuanaco, welches sich bis an die Pazifikküste erstreckt. Nach 800 n.Chr. wird dieses Reich in Stammesgebiete und Föderationen zersplittert.

- 1471-93 Tupac Yupanqui, Sohn des neunten Inka Pachacutec Yupanqui, erobert das bolivianische Hochland und den Nordwesten des heutigen Argentiniens.
- 1533 Die ersten Spanier dringen bis zum Titicacasee vor. Bolivien gehört praktisch während der ganzen Kolonialzeit zu Peru und bildete ab 1559 den Gerichtsbezirk Hochperu (Audiencia de Charcas).
- 1545 Entdeckung der Silberminen von Potosí. Zwangsarbeit der Urbevölkerung im Bergbau. Millionen kommen im «Eingangstor zur Hölle» ums Leben.
- 1780-82 Die Aufstände des Tupac Amaru werden niedergeschlagen. Die Urbevölkerung verliert die letzte Hoffnung auf Selbstbestimmung.
- 1825 Charcas erklärt die Unabhängigkeit von Spanien. Der neue Staat wird nach dem Freiheitshelden Simón Bolívar Bolivien genannt. Erster Staatschef wird General Antonio José de Sucre. Präsident ist Bolívar selber.
- 1879 Ein Grenzstreit mit Peru führt zum Salpeterkrieg. Bolivien verliert 1884 seine Küstenprovinz Antofagasta und damit seinen Zugang zum Pazifik.
- 1903 Grenzkonflikt mit Brasilien. Bolivien verliert das reiche Kautschukgebiet von Acre.
- 1932-35 Krieg mit Paraguay. Bolivien muss das Gebiet Chaco boreal abtreten und hat damit in 100 Jahren Unabhängigkeit ein Drittel seines Territoriums verloren.
- 1951 Víctor Paz Estenssoro wird zum Präsidenten gewählt, aber von den Militärs verhindert. Erst 1952 bringt ihn eine Revolte an die Macht. Sein Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR) verstaatlicht die Zinnminen, schafft 1953 die Latifundienwirtschaft ab und verteilt 4 Millionen Hektaren Land an Kleinbauern. Die Folge: massive Kapitalflucht und Wirtschaftskrise.
- 1960-64 Zweite Präsidentschaft von Paz Estenssoro. Er wird 1964 von der Armee gestürzt.
- 1971 Blutiger Staatsstreich mit dem Sieger Hugo Banzer Suárez. Das Land bleibt politisch instabil, die Wirtschaftslage verschlechtert sich massiv. Banzer wird 1978 aus dem Amt gedrängt. Es folgen Wirren und weitere Staatsstrieche.
- 1980 General Luis García Meza putscht den gewählten Präsidenten Siles Suazo aus dem Amt und errichtet seine blutige Herrschaft.
- 1982 Die Militärs sind international isoliert und abgewirtschaftet. Siles Suazo wird wieder Präsident. Die wirtschaftliche Talfahrt geht weiter.
- 1985 Paz Estenssoro wird zum dritten Mal Präsident.
- 1986 Über die Hälfte der Zinnminen werden geschlossen. Massenarbeitslosigkeit ist die Folge.
- 1989 Wachsende Proteste der Koka-Bauern gegen die mit militärischen Mitteln betriebene Zerstörung ihrer Plantagen.
- 1997 Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada wird von Hugo Banzer Suárez abgelöst.



Iris Krebs

Armutsbekämpfung

Unsere grösste Herausforderung

Armut zu mindern ist eine zentrale Aufgabe der DEZA. Mehr als eine Milliarde Menschen leben in Armut. Das heisst, sie haben nicht genug zum Essen, schlechtes Wasser, leben in miserabler Unterkunft und die Chance ist gross, dass ihre Kinder im ersten Lebensjahr sterben. Armut bedeutet auch geringe Bildungschancen und keine Beschäftigungsmöglichkeiten – das eigene Leben nicht selbstverantwortlich gestalten und in Würde leben zu können.

Für die Armutsminderung gibt es keine einfachen Rezepte. Vor dreissig Jahren glaubte man noch, dass die Armut automatisch über wirtschaftliches Wachstum verringert würde. Heute wissen wir mehr über die Komplexität der Armutsursachen und entsprechend sind die Strategien und Massnahmen vielfältiger geworden. Armut hat mit fehlendem Zugang zu Ressourcen wie Boden, Kapital, Markt, Erziehung, Wissen und Information zu tun, ist Ausdruck politischer Machtlosigkeit und bedeutet meist ein Leben in Chancenlosigkeit. Sie trifft insbesondere Frauen und sozial und rechtlich ohnehin benachteiligte Gruppen.

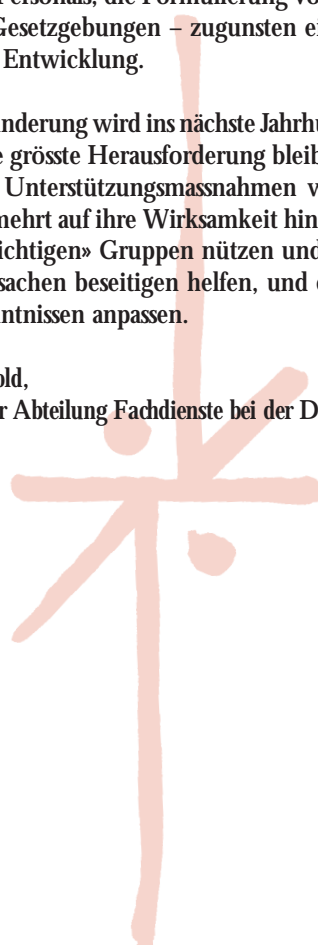
Armutsminderung umfasst Massnahmen, welche den Zugang zu Grundausbildung und beruflicher Bildung ermöglichen, zu Krediten, um einfache Güter für den lokalen Markt zu produzieren und Einkommen fürs eigene Überleben zu schaffen. Ebenso geht es um den Zugang zu minimaler Gesundheitsversorgung und Grundausbildung. In den letzten zehn Jahren haben wir zudem unser Engagement im Umweltbereich verstärkt. Denn Armut kann die Umwelt gefährden, wenn Menschen gezwungen sind, für ihr Überleben die eigenen Lebensgrundlagen zu zerstören. Und eine zerstörte Umwelt wiederum verursacht Armut, wenn die natürlichen Grundlagen fürs Überleben nicht mehr vorhanden sind.

Entwicklungshilfe ist jedoch immer nur eine Ergänzung zu den Eigenanstrengungen der Ent-

wicklungsländer. Die Verantwortung der Armutsminderung liegt bei den Partnerländern, ihren Regierungen und den Betroffenen selbst. Unsere Aufgabe ist es, ihre Initiativen zu unterstützen. Das heisst in erster Linie, die institutionellen Kapazitäten und Systeme zugunsten der Armutsminderung vor Ort zu stärken – zum Beispiel den Aufbau von gut funktionierenden Kreditinstitutionen, die Ausbildung des Personals, die Formulierung von kreditregulierenden Gesetzgebungen – zugunsten einer eigenständigen Entwicklung.

Armutsminderung wird ins nächste Jahrhundert hinein unsere grösste Herausforderung bleiben. Strategien und Unterstützungsmassnahmen werden wir noch vermehrt auf ihre Wirksamkeit hin prüfen, ob sie den «richtigen» Gruppen nützen und ob sie die Armutsursachen beseitigen helfen, und den neuesten Erkenntnissen anpassen.

Dora Rapold,
Leiterin der Abteilung Fachdienste bei der DEZA





Andreas Stuber / DEZA

Heiler, Ärzte und Mystik unter einem Hut

Jährlich rund 75 Millionen Franken investiert die DEZA in die Förderung von Gesundheitsprojekten von Partnerländern. Ein Beispiel ist Benin: Von Präventionsaktionen auf Dorfebene bis zur Gesundheitspolitik auf nationaler Ebene – im kleinen westafrikanischen Land ist die DEZA an vielen Fronten tätig. Gemeinsamer Nenner: Die lokale Bevölkerung übernimmt selbst Verantwortung.

(sbs) «Dieses Land ist ein armes Land», spricht Gilles Bokpe in die vom Himmel gefallene afrikanische Nacht. Was der ehemalige Angestellte des Gesundheitsministeriums von Benin und heutige DEZA-Projektleiter meint, zeigt ein Blick auf die Zahlen. Wer 54-jährig ist, hat die durchschnittliche Lebenserwartung erreicht (Schweiz: 79 Jahre); 1 Arzt kommt auf 19600 Einwohner (Schweiz: 575 Einwohner). Hier bleibt viel zu tun. Etwa Prävention und Aufklärung.

Im Dorf Chen, heissfeuchter Nachmittag in der Provinz: Was die Dorfbewohner zu erzählen haben, geht von Impfungen, über Ernährung, Trinkwasser, Medikamenten bis zu Hygiene. «Die Leute haben einen sehr breiten Begriff von Gesundheit», sagt Bokpe. Unterstützt vom DEZA-Projekt, dem Bokpe vorsteht, bilden sie sich in Komitees weiter, formulieren Bedürfnisse und Strategien.

«Empowerment» heisst das Stichwort: Die Bevölkerung übernimmt seit einigen Jahren mehr und mehr Verantwortung, mischt sich ein. Beispiel Gesundheitszentrum Suya: Ein Verwaltungsrat aus Vertretern der lokalen Bevölkerung schaut dem Personal auf die Finger. Oder Spital Sounon Sero: Es wird von einer privaten, nicht gewinnorientierten Organisation getragen. Die Folge: Die Gesundheitssituation verbessert sich, so ist etwa die Kindersterblichkeit gesunken.

Dass die Bevölkerung sich einbringen kann, ist nicht selbstverständlich in einem Land, in dem bis 1990 alle Entscheide in Cotonou an der Atlantikküste fielen. Entsprechend gab es Widerstände, etwa im früher ominpotenten Gesundheitsministerium. Aber die DEZA konnte in vielen Fällen erfolgreich vermitteln. Weil sie in Benin nicht nur auf der Nachfrageseite des Gesundheitssystems, bei der Bevölkerung aktiv ist, sondern auch auf der Angebotsseite – zum Beispiel bei der Umstrukturierung der früher staatlichen, nun privatisierten Medikamentenversorgung. Das hat ihr den Ruf einer glaubwürdigen Mittlerin eingetragen.

«Im Gesundheitsbereich tätig zu sein», sagt der Vertreter des EU-Entwicklungsprogramms in Benin, «ist sehr attraktiv». Wer will nicht dort Entwicklungszusammenarbeit leisten, wo Menschen so unmittelbar betroffen sind? «Zugleich», sagt Jean-Louis Lacube, «ist es wohl auch der komplexeste Bereich» – gilt es doch traditionelle und moderne Medizin unter einen Hut zu bringen, Heiler und Ärzte, kulturelle, mythische und religiöse Vorstellungen, staatliche und private Angebote, hohe Erwartungen und die Möglichkeiten eines armen Landes.



Freie Medien – bessere Sendungen

Die publizistische Unabhängigkeit von Radiostationen und Fernsehanstalten spielen beim Aufbau einer Demokratie eine ganz wesentliche Rolle. In Polen, Ungarn und der Slowakei unterstützt die DEZA deshalb seit 1990 mit gezielten Aktionen die Journalistenausbildung, Medieninstitutionen und Universitäten.

(bf) «Zehn Jahre nach den dramatischen politischen Veränderungen», sagt Eva Vajda über ihre ungarische Heimat, «ist die Frage von Minoritäten und ihre Behandlung durch die Medien nach wie vor ein ‚heisses‘ Thema.» Die Assistentin am Institut für Kommunikation und Medienstudien der Budapester Universität ELTE, schrieb deshalb einen Artikel über eben dieses Thema. Inspiriert dazu hatte sie ein Journalisten-Ausbildungslehrgang in der Schweiz, bei dem sie den Umgang mit Minoritäten hierzulande besonders faszinierte und recherchierte.

«Dies ist nur ein Beispiel, wie unsere Zusammenarbeit mit unseren Partnerländern gegenseitige Auswirkungen zeigt. Die Schweiz kommt in Polens Medien vor, und die polnischen Medienschaffenden profitieren von der Weiterbildung, die wir ihnen bieten», sagt Daniel Pasche von Radio Schweiz International (RSI). Als Projektleiter ‚Medien Zentral- und Osteuropa‘ bei RSI betreut er das von der DEZA in Auftrag gegebene Projekt mit dem Ziel, die Zusammenarbeit im Bereich der elektronischen Medien in Polen, Ungarn und der Slowakei zu fördern.

Ausbildung der Ausbildner hat Priorität

«Gerade Medienschaffende», sagt Daniel Pasche «können einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau

der Demokratie leisten.» Über 50 Gastjournalisten und -journalistinnen haben seit 1990 Programme und Praktika der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) besucht. Ab 1995 wurde das Schwergewicht von der Weiterbildung der Journalisten auf die nationalen Medienanstalten und die Universitäten verlagert. Das Institut für Medienwissenschaft der Uni Bern führte in Bratislava und Budapest medienpolitische Seminare durch.

Gleichzeitig wurden die Kader in Unternehmensstrategie und Unternehmensplanung geschult, eine Vielzahl an Seminaren – von ‚Mitarbeiterführung‘ über ‚Konfliktlösung‘ bis zur ‚Rolle der Medien in der modernen Demokratie‘ – wurden durchgeführt. «Ein Hauptaugenmerk», sagt Daniel Pasche, «galt dabei immer der Ausbildung der Ausbildner, damit sich die Ausbildung in den entsprechenden Institutionen verselbständigt, was wir unter anderem beim polnischen Fernsehen auch erreichten.»



Still Pictures

Entschärfte **Minen** unterstützte Opfer

Die Schweiz schlägt für den Prozess von Ottawa zum Verbot der Anti-Personen-Minen einige Zusätze vor. Im «Manifest von Bern» lädt sie die internationale Gemeinschaft zum Nachdenken über Opferhilfe ein.

(jls) «Praktisch alle Diskussionen im Vorfeld der Unterzeichnung des Ottawa-Abkommens, gingen um Verbot, Räumung und Zerstörung von Minen. Die Opfer waren kein Thema», stellt Marco Ferrari, Stabschef der Humanitären Hilfe des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps (SKH) der DEZA fest. Und weiter: «Im Bereich Opferhilfe bleibt noch vieles prekär und die internationale Koordination ist manchmal unzureichend. Wir müssen überlegen, wie dieses Problem ethisch angegangen wird.» Mit ihrer starken humanitären Tradition, wollte die Schweiz ihren Teil dazu beitragen und formuliert ihre diesbezügliche Philosophie im September 1998 im Manifest von Bern. Der Text wurde Anfang dieses Jahres leicht abgeändert und nennt sich nun «Leitfaden für die Hilfe an Minenopfer».

Strassen und Schulen

Das Manifest sieht ein «integriertes Vorgehen» vor. Das heisst, alle Sektoren, welche zum Alltag der betroffenen Bevölkerung gehören, werden berücksichtigt. So müssen zum Beispiel die Kommunikationswege neu aufgebaut oder entmint werden, ansonsten ein Teil der Opfer keinen Zugang zu den Gesundheitszentren hat. Andere Infrastrukturen wie Schulen müssen wieder aufgebaut werden. «Es ist wichtig, dass die gesamte Bevölkerung von der Hilfe von aussen profitiert. Hilfe an Minenopfer allein

würde als Diskriminierung angesehen», erklärt Marco Ferrari.

Im übrigen geht es bei den Hilfsprogrammen ebenso sehr um die Gesundheitspolitik wie um die Entwicklungspolitik der betroffenen Länder. Das Manifest empfiehlt ferner, die lokale Bevölkerung in Planung und Durchführung dieser Programme einzubeziehen, deren Endziel die Wiedereingliederung der Opfer in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben ist.

Die Schweiz möchte eine Allianz zwischen Ländern und Organisationen schaffen, welche diese Philosophie mittragen. Erste Aufgabe wird es sein, die im Manifest enthaltenen Thesen vor Ort zu prüfen.

(Aus dem Französischen)

DEZA in neuer Umgebung (ww) Im Juli und August 1999 zieht die DEZA in ihr neues Bürogebäude in Ausserholigen ein. Erstmals seit mehr als 20 Jahren sind wieder alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter einem Dach vereint. Im Vergleich zur bisherigen Situation mit der Unterbringung in 13 Gebäuden bedeutet dieser Zusammenzug für den internen Austausch einen Quantensprung. Die transparente Innengestaltung wird das ihre zu einer schon immer offenen Kommunikationskultur beitragen.

Das «DEZA-Gebäude» an der Freiburgstr. 130 im Westen Berns ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln hervorragend erschlossen (mehrere S-Bahn-Linien, Bus 13/14).

Neues Leitbild

(scl) Die Welt hat sich in den letzten 10 Jahren grundlegend verändert und neue Herausforderungen für die internationale Zusammenarbeit geschaffen. Die ehemals kommunistischen Länder des Ostens brauchen Hilfe beim Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft. Krisen und Katastrophen fordern humanitäres Engagement. Neue Ansätze sind für die Probleme der Entwicklungsländer im Süden gefragt. Und die Koordination mit anderen wird im Hinblick auf grösstmögliche Wirksamkeit der Hilfe auch für die Schweiz immer wichtiger. Um in diesem Kontext ihre Identität gegen innen und gegen aussen klar zum Ausdruck zu bringen, hat sich die DEZA ein neues Leitbild gegeben. Darin werden die langfristige Vision der DEZA, ihr Auftrag und ihre Werte in kurzen, prägnanten und zukunftsweisenden Grundsätzen sichtbar gemacht: Wer ist die DEZA, was tut sie und von welchen Vorstellungen

lässt sie sich leiten. Das Leitbild ist Bezugsrahmen für Kultur und Organisation. Es dient als Ausgangspunkt für die Entwicklung der neuen DEZA-Strategien im nächsten Jahrzehnt.

Das neue DEZA-Leitbild kann mit dem beiliegenden Bestellcoupon für DEZA-Publikationen bestellt werden.

SAP als Instrument des Wissensmanagements (ajg) Seit Jahresbeginn arbeitet die DEZA mit der betriebswirtschaftlichen Standardsoftware SAP R/3.

Sie ersetzt die gegen 20 Jahre alte Buchhaltungsapplikation und liefert zudem allen Managementebenen Informationen und Auswertungen zur finanziellen und strategischen Steuerung und Planung. Die Erfassung von Personalkosten ermöglicht in Zukunft eine verbesserte Transparenz der intern anfallenden Verwaltungskosten. SAP bietet ein Hilfsmittel um Projekte operationell und finanziell zu planen und zu verwalten. Vielfältige statistische und finanzrelevante Auswertungen der DEZA-Aktivitäten stehen für die Entscheidungsfindung oder Auskunftserteilung zur Verfügung. Zur Förderung des Dezentralisierungsprozesses werden in einem nächsten Schritt die DEZA-Koordinationsbüros eingebunden. Der Aufbau eines integrierten Vertragsinformations- und -verwaltungssystems bildet ein weiterer bedeutender Beitrag zur Förderung des Wissensmanagements in der DEZA.

Was eigentlich ist... Basisgesundheits?

(bf) Unter dem Begriff Basisgesundheits sind alle Massnahmen und Voraussetzungen zusammen gefasst, welche den Zugang zu einer elementaren Gesundheitspflege der Menschen in einem Land gewährleisten sollen. Sie zielt darauf ab, die wichtigsten Gesundheitsprobleme zu lösen, indem sie die nötigen Informationen und Präventionen sicher stellt. Die Pflege der Basisgesundheits gewährleistet die erste und direkte Kontaktnahme eines Individuums, einer Familie oder Gemeinde mit dem nationalen Gesundheitswesen. Gleichzeitig soll die Gesundheitsversorgung möglichst nah an den Orten statt finden, wo die Menschen leben und arbeiten.

Die Basisgesundheits ist den wirtschaftlichen Bedingungen genau so angepasst, wie sie die soziokulturellen und politischen Charakteristiken eines Landes reflektiert. Gemäss den Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation WHO beinhaltet sie im Minimum die Schulbildung über die Gesundheitsprobleme und deren Präventionsmethoden, die Förderung guter Ernährungsbedingungen, die Versorgung mit genügend Trinkwasser, den Mutterschafts- und Kinderschutz samt Familienplanung, die Impfungen gegen die am weit verbreitetsten Infektionskrankheiten, den Schutz vor Epidemien, den Schutz gegen die häufigsten Krankheiten sowie die Lieferung der nötigsten Medikamente.



Still Pictures

«Nicht nur Steuern zahlen – auch mitgestalten»



KeyStone

Die Schlüsselbotschaft zu Migration und internationaler Zusammenarbeit des Bundesrates sagt es klar: Die Entwicklungszusammenarbeit wird immer wichtiger – zur Förderung von Menschenrechten und Demokratie und auch zur Prävention von Konflikten und Flüchtlingsbewegungen. Dennoch gehen die Meinungen über die finanziellen Aufwendungen bei den Parteien weit auseinander. Ein Streitgespräch der Nationalräte Franco Cavalli (SP), als Arzt seit Jahren in der Entwicklungszusammenarbeit tätig, und Ernst Hasler, Migrationsverantwortlicher der SVP-Fraktion, über Qualität und Quantität der Entwicklungszusammenarbeit. Gesprächsführung: Maria Roselli.



Ernst Hasler



Franco Cavalli



Iris Kreus (8)

Eine Welt: In den letzten Jahren sind die finanziellen Hilfeleistungen der Schweiz für die Entwicklungszusammenarbeit gemessen am Brutto-sozialprodukt (BSP) klar geschrumpft: 1994 hatte der Bund noch 0,34 Prozent des BSP dafür aufgewendet, jetzt sind es 0,32 Prozent, 2002 werden es voraussichtlich 0,29 Prozent sein. Empfinden Sie das nicht als Widerspruch?

Franco Cavalli: Ganz klar! Ich denke, es ist sehr tragisch: Desto reicher die westlichen Länder werden, desto weniger geben sie für die Entwicklungszusammenarbeit aus.

Eine Welt: Wie erklärt sich das?

Cavalli: Das hat weitgehend mit der neoliberalen Politik von Reagan bis Blocher zu tun, die in den letzten Jahren im Westen Einzug gehalten hat. Deswegen müssen wir die Marschrichtung völlig ändern. Wenn wir nicht immerzu wachsende Migrationsbewegungen wollen, müssen wir diesen Ländern helfen, ihre Lage zu verbessern. Obwohl mich diese Menschen deutlich weniger stören mögen als Herrn Hasler, bin ich überzeugt, dass es besser ist, wenn jemand gut in seiner Heimat leben kann, als aus po-

litischen oder wirtschaftlichen Gründen auswandern zu müssen. Man muss sich vorstellen: Fast die Hälfte des ganzen Reichtums der Welt gehört den 500 reichsten Erdbewohnern. Wir haben also auf der einen Seite fünfhundert und auf der anderen Seite sechs Milliarden Menschen.

Übrigens zeigen mehrere Studien, dass für jeden Franken, den die Schweiz in diesen Ländern ausgibt, zwei zurückkommen. Wir müssen in den nächsten Jahren unbedingt die 0,4-Prozent-Marge wieder anstreben.

Ernst Hasler: Ich nehme diese Zahl zur Kenntnis, aber für mich ist entscheidend, was gemacht und nicht wieviel dafür aufgewendet wird. Immer wenn ich in Ländern war, wo Schweizer Projekte durchgeführt werden, habe ich mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass die schweizerische Entwicklungshilfe gut ist.

Cavalli: Das streite ich nicht ab. Ich kenne die Situation in Mittelamerika und bin überzeugt, dass die Hilfeleistungen der Schweiz qualitativ sehr hochstehend sind. Doch sie sollten quantitativ grösser sein. Nicht zuletzt, weil die Schweiz von diesen Ländern profitiert.



M. Bühler / Lookat

Hasler: Aber sehen Sie, Herr Cavalli, die Qualität hängt nicht von den Zahlen ab. Ausschlaggebend sind vielmehr die Kooperationsmöglichkeiten in diesen Ländern. Und hier kann man teilweise viel mehr machen, als mit der grossen Kelle zu schöpfen. Ich habe beispielsweise bei der amerikanischen Entwicklungshilfe festgestellt, dass sie teilweise mit sehr viel Geld operiert. Im Endeffekt ist aber das Resultat nicht besser. Insofern muss man die Qualität der Massnahmen in den Vordergrund stellen.

Eine Welt: Und wie wollen Sie diese optimieren?

Hasler: Die Entwicklungszusammenarbeit, die Aussenpolitik und die Flüchtlingspolitik müssen viel enger zusammenspannen.

Eine Welt: Das ist auch ein Ziel des Aussendepartements.

Hasler: Das mag sein, aber wir haben grosse Dissonanzen in den verschiedenen Departementen. Deshalb mein Vorstoss im Nationalrat, das Bundesamt für Flüchtlinge und das Bundesamt für Ausländerfragen zusammenzulegen. Somit können Reibungsverluste vermieden werden. Ich will vermeiden,

dass der eine Bundesrat sagen kann, wir werden dies tun, und die Mitarbeiter eines anderen Bundesrates antworten, sie hätten von nichts gewusst.

Wenn wir schon von Prozentzahlen sprechen, müssen wir auch sagen, was wir für die Flüchtlinge tun, die sich bereits in unserem Land befinden und wie viel wir für sie aufwenden. Denn diese Ausgaben sind in den 0,32 Prozent nicht enthalten. Auch die Leistungen der Hilfswerke und die Spenden der Bevölkerung müssen gebührend gewürdigt werden. Zu wenig beachtet werden zudem die ausgezeichneten Leistungen unseres Katastrophenhilfekorps und des Roten Kreuzes.



T. Muscionica / Lookat



T. Kern / Lookat



Eine Welt: Wo würden Sie bei der Arbeit der DEZA Prioritäten setzen?

Hasler: Weil in diesen Ländern Berufsleute fehlen, könnten wir vor Ort mehr tun für die Berufsbildung. Ich denke man sollte etwa ein Drittel der Gelder, die für die Rückkehrhilfe nach Bosnien aufgewendet werden, in die Berufsbildung investieren. In Bosnien liegt der Durchschnittslohn zurzeit bei ungefähr 100 Franken. Deshalb ist es vermessen, wenn die Rückkehrer Tausende von Franken Starthilfe bekommen. Mit diesem Geld sind sie in ihren Dörfern Kapitalisten...

Cavalli: Kapitalisten auf der Strasse! Herr Hasler, Sie wissen doch genau, dass diese Menschen das Geld für den Wiederaufbau ihrer Häuser benötigen.

Hasler: Aber nein, diese Leute werden von ihren Nachbarn, die zu Hause geblieben sind, benieden. Die Berechnungsbasis für die Rückkehrhilfe ist so hoch ausgefallen, weil man sich gesagt hat, dass sie immer noch weniger ausmacht, als diese Menschen in der Schweiz zu behalten.

Cavalli: Ich möchte nochmals auf die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit zurück kommen. Herr Hasler, ich bin mit Ihnen einverstanden, dass es Reibungsverluste unter den Departementen gibt. Deshalb sind wir für ein sehr schnelles Tempo bei der Reform der Bundesverwaltung. Ich freue mich zudem, wenn Sie zugeben, dass die DEZA sehr gute Arbeit leistet. Aber Sie müssen sehen, dass die Mittel für diese Arbeit immer kleiner werden. Bei der Arbeit der DEZA sehe ich zwei grosse Prioritäten: Die Landwirtschaft inklusive Agrarreform und die Bildung. Zudem müssen wir unsere Hilfe vermehrt in Richtung technischer Zusammenarbeit ausrichten. Deswegen habe ich in der Debatte im Nationalrat zu erwirken versucht, dass man auch bei den Ostländern mehr der DEZA und weniger dem Bundesamt für Aussenwirtschaft

(BAWI) zuspricht. Bei der Entwicklungshilfe müssen wir vor allem schauen, beim Aufbau einer Zivilgesellschaft helfen zu können. Das ist viel wichtiger, als irgendwelche Kredite hineinzupumpen, die – wie es in den Oststaaten oftmals der Fall war – verloren gehen.

Eine Welt: Kommen wir zur Schweizer Innenpolitik. Über 50 Prozent der Migranten und Migrantinnen in unserem Land sind hier geboren oder leben seit mehr als 15 Jahren hier. Wo sehen Sie angesichts dieser Zahlen die Prioritäten in der Migrationspolitik?

Hasler: Der Bundesrat hat bisher immer die Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung als oberstes Ziel angegeben. Zu Zeiten der Schwarzenbach-Initiative war der Anteil an der Bevölkerung noch 10 Prozent, jetzt sind es 20. Alt-Bundesrat Koller erwähnte zwar immer wieder, dass sich die Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung beruhigt habe. Dennoch sind in den letzten Jahren Hunderttausende zugewandert...

Cavalli: Und sehr viele sind wieder ausgewandert, das muss gesagt sein! Höchste Priorität ist es doch, diesen Menschen eine erleichterte Einbürgerung zu ermöglichen.

Hasler: Mag sein, wir plädieren ganz einfach für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der ausländischen und der schweizerischen Bevölkerung.

Cavalli: Wenn wir wirklich gewisse soziale und politische Probleme, wie sie beispielsweise Frankreich kennt, vermeiden wollen, müssen wir den Migranten, die hier leben, die Möglichkeit geben, nicht nur Steuern zu zahlen, sondern auch das Leben mitzugestalten. In dem wir sie einbürgern und ihnen das Stimmrecht geben, können wir sie noch besser einbinden.

Boston, in einem Winter

Im Dezember 97 niedergeschrieben
für Hansadam, Elisabeth, Tobias
und natürlich auch für Nikolaus

in fears –
a white elderly woman –

Die Kälte –
scharf in den Strassen
der grossen Stadt Boston.
Zähneklappern
auf die Fragen des Arztes,
woran sie gestorben,
der Vater
die Mutter,
Grosseltern väterlicherseits,
Grosseltern mütterlicherseits,
wichtig für die Diagnose,
sonst seis unmöglich
der Kranken zu helfen.

Eine Decke über
den schlotternden Leib,
bitte,
und Wörter wie
honey darling sister.
Auch die können wärmen.

Welche Krankheit
die Ahnen dahingerafft?
Die auf der Bahre
im Krankenhaus: cancer,
antwortet sie sechsmal
in derselben Tonart.
Herzversagen und Selbstmord
und Demenz und anderes auflisten,
warum denn?
Hat nicht jeder das Recht
zu sterben wie er will
oder nicht will?
Dahingerafft ist
dahingerafft,
auf welche Art und Weise
ist egal,
hier im eiskalten Boston.

Warum ich sie alle
für diesen Arzt hier
auf eine Krankheit reduziere,
die Grosseltern mütterlicherseits,
die Grosseltern väterlicherseits
und dazu meine
Mutter

und meinen Vater –
sie nehmens mir nicht übel,
sie lassens zu, Bezeichnungen
beschäftigen sie nicht mehr,
der Schmerz der Krankheit
Leben
ist ihnen nahe gewesen
und hatte nie einen Namen
bekommen.

Sie sind plötzlich
in Boston,
diese Menschen,
wie im Dämmer.
Die Sonne längst unter,
auf niemandem Schatten.
Haben sie mich nicht
jahrein, jahraus,
von allen sechs Seiten
'liebes Kind' gerufen,
das ist viel
und reicht für härtere
Zeiten.
Sie gehören zu mir
und ich in der Kette
zu ihnen.

Es ist kalt diese Nacht,
scharfer Wind in den Strassen,
die Umgebung befremdlich,
die Vokale anders geformt.

Ich höre die Stimme des Vaters,
sehe die flatternde Hand
meiner Mutter,
fühle den energischen Abschied
der kleinen Grossmutter
– immer in schwarz –
und ahne die Tränen
der grossen Grossmutter
– immer in schwarz –
als das Kind sie entdeckte
im Wald,
höre das Geräusch der
grossväterlichen Hand,
wie sie über die Plüschdecke streicht,
und der andere Grossvater, der gestrenge,
hatte die Gitarre gezupft
für uns Kleine.

Diese Nacht in Boston
in Eis und Kälte.

Liebevoll eine Bewegung:
es geht nicht unter.
Laute für die Nächsten
verstummen nie.
Nichts ist verloren,
umhüllt alle, die folgen,
ob langgliedrig
mit weichem Haarschopf,
ob wache Augen,
helles Gesicht:
hier, der Mantel,
liebe Kinder,
gegen
Unbill der Tage.

Im Wachsaa
mit Schläuchen im Arm,
in der Nase,
die Herzöne aller Patienten
ringsum,
in Kurven auf dem Bildschirm
bewacht von der Zentrale,
beobachtet von einem Schwarzen.
Ich sehe seinen Rücken.
Hin und wieder steht er auf,
tritt an die Betten,
auch an meines,
sagt unpersönlich Nettes,
das man gern annimmt.

Keiner kennt meinen Namen,
niemand hält zum Adieu
meine Hand fest,
ich bin frei,
ein Wesen, weiblich,
und weiss, das genügt
zum Eintreten in Räume,
die mich aufnehmen
als Teilchen
des Ganzen.



Ruth Vogelin

«Warum ich Gedichte
schreibe? Ich schreibe, um
mich auf diesem Planeten
besser zu orientieren. Erst
durch das Schreiben werden
die Dinge Wirklichkeit», sagt
die gebürtige Bielerin Laure
Wyss. Vergangenes Jahr
wurde die 85-Jährige für ihr
Gesamtwerk sowie ihr
lebenslanges journalistisch-
literarisches Wirken mit dem
Grossen Literaturpreis des
Kantons Bern ausgezeichnet.
Diesen Frühling erschien ihr
Gedichtband «Rascal» im
Limmat Verlag Zürich.

Zu ihrem Gedicht «Boston, in
einem Winter» schreibt Laure
Wyss:
«Seit Landesgrenzen mit
Leichtigkeit überschritten
werden, seit Kontinente sich
näher rücken, kommen sich
auch die Menschen näher.
Trotz gewaltiger Unterschiede
in den Kulturen, trotz anderer
Hautfarbe, trotz tausenderlei
verschiedener Sprachen
bestehen heute mehr
Möglichkeiten als je, sich
von Mensch zu Mensch zu
erkennen. Das ist fühlbar
besonders in extremen
Situationen. Es war mir ein
Bedürfnis, zu beschreiben,
wie alle Verschiedenheit der
Herkunft fällt, sobald man
hilflos, krank und ohne
Namen, – nur bezeichnet als
älteres weisses Wesen – in
einem fremden Spital liegt
und doch total aufgehoben
ist.»

Afrika ist reich! Reich an kreativen Menschen, welche die Schule des Überlebens zur Kunst machen. Doch wie für Rohstoffe, ist auch der Zugang für Afrikas Kulturschaffen zu den Konsummärkten nicht einfach. Die Agentur der Frankophonie, der die Schweiz angehört, setzt sich für die bessere Verbreitung dieser afrikanischen Wachstumsbranche ein. Trends und Impressionen von Beni Güntert.

Brennpunkte afrikanischer Kreativität

Abidjan ist wieder Westafrikas «Capitale du Showbusiness»! In den siebziger Jahren war die «Perle an der Lagune» die Wiege der neuen Pop-Musik Afrikas. In den Neunzigern erhielt sie den einstigen Glanz zurück – wenigstens kulturell. Gefördert von der Agentur der Frankophonie veranstalten die Stadt und das Kulturministerium den «Marché des Arts du Spectacle Africain» (MASA), eine internationale Drehscheibe für Produzenten, Agenturen und Veranstalter von gesamt-afrikanischer Dimension. Ende Februar fand MASA zum vierten Mal statt, mit Teilnehmenden aus 26 Ländern Afrikas und 16 Ländern des Nordens. MASA ist nicht nur das Schaufenster für viele Jungtalente aus Afrikas Theater-, Tanz- und Musikszene. Nicht nur das Treffen von Anbietern, Agenturen und Veranstalter aus Nord und Süd. Es sind auch Workshops zu Themen wie Bildung, Autorenrechte oder Modern Dance. Es werden neue Stars gesucht, aufgebaut, Tourneen eingefädelt. Dies, obwohl es keine Jury und Preise gibt. Der Vorteil: Afrikas Kreative sehen einander nicht als

Konkurrenten, sondern können sich neidlos begegnen.

Weltmarkt für Bühnenkunst

Über 1000 Kuntschaffende und Kulturmacherinnen gewinnen so einen Überblick über das Bühnenkunstgeschehen in einem Kontinent, wo mangels Geld und Kommunikationsmittel dieser Austausch kaum stattfindet. Viele äussern sich darüber sehr zufrieden. Andere sind frustriert, dass kaum verlässliche Abmachungen getroffen werden, und die Nachfrager aus dem Norden skeptisch und wählerisch seien. Dabei sind unzählige starke Produktionen zu finden! Im Bereich Tanz war technisch höchststehendes, aber nur wenig Innovatives zu sehen: Viel Modern Dance amerikanischer Schule und viel Traditionalistisch-afrikanisches von grossen nationalen Truppen. Im Theater rissen bissig-sarkastische Produktionen aus der Elfenbeinküste das Publikum mit. Daneben war überraschend wenig Subversives zu entdecken. Die Musikbands litten unter einem unafrikanisch strikten Zeitplan. Überraschungen gabs

trotzdem: Etwa die fast 70-jährige Kamerunerin und barfüssige Bikutsi-Königin Anne-Marie Nzié. Oder der ebenso alte Wendo, dessen Rumba die Zuschauer ins Léopoldville (heute Kinshasa) der fünfziger Jahre versetzte. Auf reges Interesse stiess das Jungtalent Saintrick, der sozial engagiert interafrikanische Musik kreiert. Senegalesische Klänge vermischen sich mit kongolesischen, das ist neu. MASA ist aber auch ein Volksfest – im zentralen Festivaldorf und in den Nebenzentren der pulsierenden Millionenstadt. Dort dringt man zum Herz der afrikanischen Kreativität vor, werden die Auftritte der Gruppen leuchtender und das Publikum heisser. Das grosse Theater-Epos «Eine Hyäne in Djenné» über das Ende des Maliherrschers Samory zieht Tausende in seinen Bann. Alle, auch die Kinder, horchen mäusestill der Legende zu. Stimmungshöhepunkte auch bei den Gruppen, die Volkstheater und Schwänke mit Rhythmen verbinden, die direkt in Trance führen. Das Publikum feiert diese Musiktheater, welche die westlichen Kategorisierungen

durchbricht.

«Es ist höchste Zeit, ein anderes Bild unseres geliebten Kontinents zu zeigen. Zu lange wurden wir nur nach unseren Bruttosozialprodukten beurteilt. Dies ist nicht der Kontinent der Hoffnungslosigkeit und der Katastrophen! Durch Musik, einem Teil unserer Identität, können wir viel grundlegender kommunizieren als durch Zahlen», sagt Beg Mel, Bürgermeister des Stadtteils Cocody in Abidjan. Verschiedene Vertreter aus dem Norden, vor allem aus Frankreich und der Schweiz, nehmen diese Worte ernst. Im Jahr 2000 werden Afrikas kreative Kräfte in Europa Aufsehen erregen.

Momentaufnahme des modernen Afrika

Ouagadougou, die fast mythische Binnenhauptstadt im Sahel, hat sich dem Film gewidmet. Im bunten, stickigen Rummel der Grossstadt, bei 38 staubigen Grad, in welchen ausnahmslos alle ihre Geschäfte zu verwirklichen trachten, findet zum 16. Mal das «Festival Panafricain du Cinema» FESPACO statt. In sieben Kinos



28

29





Berni Guntert / DEZA

wird das Spiel- und Dokumentarfilmschaffen Afrikas der letzten zwei Jahre gezeigt. Bemerkenswert ist das hohe technische und filmische Niveau der meisten Produktionen. Bei einem klaren Trend zu fernsehgerechten kürzeren Filmformaten und zu Videoproduktionen gehen viele Geschichten in Richtung euro-amerikanischer Vorbilder, Homestories und gute Krimis mit Lokalkolorit. Das Publikum fiebert mit, wenn Diktatoren-gehebe wie im Film «Mobutu, roi du Zaïre» exponiert wird. Viel Gelächter ernten auch tolpatschige oder arrogante Weisse, die sich in den Filmen verrennen. Von Interesse für ein ausserafrikanisches Publikum sind Dokumentar- und Kurzfilme, welche durch afrikanische Augen Themen aufgreifen, die auch uns angehen – etwa das triste Drama zweier Männer aus Nigeria, die an AIDS sterben. Ein vieldiskutiertes Problem ist die Verbreitung solcher Filme. Dem Klagelied über die Dominanz von B-Movies, asiatischer Junkproduktionen und der Schliessung vieler Kinos steht ein wachsendes

Engagement vieler TV-Stationen gegenüber. Bei den Sendern findet eine Internationalisierung, Privatisierung und Konzentration statt. Dies eröffnet afrikanischen Produktionen neue Finanz- und Verbreitungsmöglichkeiten.

Notwendige Preise

20 Spielfilme bewerben sich um den «Hengst von Yennenga», der wichtigste Trophäe in Afrikas Autorenfilm. Weitere Preise gibts für die Kategorien TV-Produktionen, Dokumentarfilm, Kurzfilm. Noch mehr dringend benötigtes Geld fliesst durch Spezialpreise in die afrikanische Filmproduktion, die von verschiedenen internationalen Organisationen vergeben werden, sowie aus dem Handel mit Produktionen am «Marché international du cinéma et de l'audiovisuel» (MICA). Einige Filme mit entwicklungs-politischen und Bildungsansprüchen kumulierten Spezialpreise. So die amüsante Geschichte von Konaté, der Kondome nicht benutzen will. Der Wurf gelang Fanta Regina Nacro. Die bedeutende Filmproduktion von Burkina Faso hat somit auch eine Frau unter ihren Protagonisten.

Zunehmend etabliert sich Südafrika als neue afrikanische Filmmacht. Die preisgekrönten Spielfilme «Fools» von Suleiman Ramadan und die Alltags-Tragikomödie «Chikin Bizness» beweisen, dass soziale Spannungen auch kreative Verarbeitung fördern. Die zwei Hauptpreise gehen an andere: Mohamed Chouikh aus Algerien gewinnt den «Oumarou Ganda» mit der Geschichte einer unmöglichen Liebe in «L'Arche du Désert». Und der «Hengst von Yennenga» geht an Mweze Ngangura für «Pièces d'identité» (siehe Randspalte), ein Film, der auch vom Publikum begeistert aufgenommen wird. FESPACO geht mit einem Konzert zu Ende, gratis und für die ganze Bevölkerung der Stadt. Die Kulturmedien in Europa berichten von Stanley Kubricks Tod. Warum liegt Hollywood näher als Ouagadougou?

«Pièces d'identité» bald in der Schweiz

Der Gewinner des goldenen «Hengstes von Yennenga» ist eine pointierte, facettenreiche Familiengeschichte zwischen Afrika und Europa. Ein Stammeshäuptling aus Kongo reist nach Belgien, um seine Tochter zu suchen. Ausgeraubt muss er dort bald einmal seine Machtinsignien versetzen. Er landet in Belgiens unterster Schicht. Die Tochter (Dominique Mesa erhielt den Preis für die beste weibliche Rolle) kämpft ihrerseits nichtsahnend um ihre Identität in Belgien – genauso wie ein Mischling, ein Kleindealer, eine Medizinstudentin, ein Neffe, ein schwarzer Robin Hood und ein ehemaliger Kolonialbeamter. Grosses Gefühlskino auf dem Hintergrund der Nord-Süd-Migration und der Globalisierung. Das Meisterwerk von Mweze D. Ngangura, wird bald auch in Schweizer Kinos zu sehen sein.

DEZA-Filmförderung

Mit Fools (mehrere Preise) und L'Arche du Désert (bester Erstlingsfilm) wurden in Ouagadougou auch zwei Filme prämiert, die von der Stiftung Montecinemaverità Produktionsbeiträge erhalten hatten. Die DEZA öffnet deren Fördermittel zusammen mit dem Textilindustriellen Benetton.



Seydou Sanadogo

Alpha Blondy provozierte an der Eröffnungsfeier des FESPACO unverfroren Präsident Compaoré. Das Publikum im vollen Stadion akklamierte. Es ist seit dem Tod eines grossen oppositionellen Journalisten um die Meinungsäusserungsfreiheit besorgt.



Ein Lied für Beko

(bf) Beko wird von den türkischen Militärs verschleppt, weil sein Bruder nicht ins Militär eingerückt ist. Er flüchtet nach Syrisch-Kurdistan und macht sich auf die Suche nach seinem Bruder. In Irakisch-Kurdistan trifft er auf Menschen, die in einem Zeltlager vor dem iranisch-irakischen Krieg Zuflucht gefunden haben. Während Beko weiterhin auf Nachricht von seinem Bruder wartet, lernt er zum Teil elternlose und vom Krieg traumatisierte Kinder kennen. Als die Flüchtlinge endlich wagen, in ihr Dorf zurück-zukehren, wird dieses mit Giftgas bombardiert. Nur Beko und die kleine Zinê überleben. Ihnen gelingt die Flucht nach Deutschland.

„Ein Lied für Beko“ überzeugt durch die formale Gestaltung und starke Authentizität seiner Schauspieler, seiner überwiegend aus Laien bestehenden Darstellerguppe und seiner an kurdischen Quellen orientierten Musik. Dieser erste in kurdischer Sprache gedrehte Film wurde unter schwierigsten und durchwegs illegalen Bedingungen an der armenischen Grenze zur Türkei gedreht.

Nicamettin Arıç, Armenien 1992. 100', Spielfilm, 16mm.

Verleih: ZOOM, Im Struppen, 8048 Zürich, Tel. 01 432 46 60, Fax 01 432 46 61, e-mail: mail@filmeineWelt.ch



Über 10 Millionen Mandingos...

(gnt) ...wurden in den 150 Jahren des Sklavenhandels über den Atlantik deportiert. In den immensen Baumwollfeldern der US-Südstaaten war ihnen alles genommen, Musikspielen verboten. Nur das Singen blieb diesen Schwarzen übrig, die weil sie die Sprache der Weissen übernehmen mussten. Ihre traurigen Lieder der Armut erhielten irgendwann später die Bezeichnung «Blues» (was auch deren (An)Erkennung durch die Weissen bedeutete). Putumayo, eine US-Boutiquenkette, die erst mit Ethnomode und dann mit einer umfangreichen CD-Serie von Weltmusik für Einsteiger (siehe www.putumayo.com) Furore machte, stellt tiefsten Roots-Blues neben typische aktuelle Mandingo-Musik aus Mali. Und der Flash dieses Vergleiches ist erstaunlich: Der Atlantik verschwindet aus der Vorstellung, Jahrhunderte der Trennung haben die Grundzüge dieser Kulturverwandtschaft kaum verändert... Ein leises, eindruckliches Werk.

Various Artists: Mali to Memphis – an African-American Odyssey (Putumayo / Disques Office).

Millionen wilde Rhythmen....

(gnt)... entstanden im selben Zeitraum auf Kuba, wo sich viele Sklaven selbst befreiten, in Stämmen ihre Kulte und deren Musik wiederbeleben konnten. Wo sich andere mit Kolonisten vermischten, deren Musik

nachspielten. Dadurch entstand auf dieser Insel die vielfältige Musica Cubana. Und die reiste zurück über den Atlantik und heizte der Jugend der neugeborenen Länder Afrikas ab den sechziger Jahren ein. In den USA gelang dies in den Siebzigern der brillanten Salsa-Formation «Fania All Stars». Erstaunlicherweise war es ein Produzent aus der Elfenbeinküste (damals Westafrikas Musikmetropole), der die staatliche kubanische Musikindustrie zur Antwort auf Fania animierte. Die ad-hoc Formation aus der Crème von Havannas Virtuosen nannte sich «Estrellas de Areito». Deren Aufnahmen von 1979 wurden zum Erfolg in Westafrika und Venezuela, in den Westen gelangten sie kaum. Bis der britische Produzent Nick Gold, der mit Ruben Gonzales, Sierra Maestra oder Cooders «Buena Vista Social Club» den Boom kubanischer Musik in Europa ausgelöst hat, diese 20-jährigen Bänder aufspürte.

Klanglich aufgefrischt, toll kommentiert und verpackt bringen die Estrellas (Sterne) mit grossen Namen aus drei Generationen zwei Stunden der Wunder der grossen kubanischen Musik in den Westen.

Atemberaubende Soli, Spielwitz, Spontaneität in einen Groove, der für alle Zeiten staunen lässt. Estrellas de Areito: Los Heroes (World Circuit / RecRec)

Unterwegs

(bf) Millionen von Menschen sind unfreiwillig unterwegs auf dieser Welt, fliehen vor Krieg und Verfolgung, vor Naturkatastrophen und schleichender Umweltzerstörung. Sie suchen einen Job und damit ein besseres Auskommen, eine sicherere Zukunft für sich und ihre Familie. Ein kleiner Teil dieser Menschen kommt bis zu uns

nach Europa und in die Schweiz. Die meisten von ihnen jedoch bleiben in den Entwicklungsländern und wandern dort in die Städte und in die Siedlungsgebiete. Wie viele unterwegs sind, weiss niemand genau. Der kurze DEZA-Trickfilm «Unterwegs» von Jesús Pérez zum Thema Migration zeichnet das typische Schicksal einer solchen Familie nach. Der Film ist für ein breites Publikum bestimmt. Zusammen mit dem didaktischen Begleitmaterial eignet er sich ganz besonders für den Einsatz in Schulklassen ab dem 3./4. Schuljahr. «Unterwegs» kann bestellt werden bei: Münstergass-Buchhandlung, Postfach, 300 Bern 8, Tel. 031 310 23 23, Fax 031 310 23 24

Bilanz über acht Jahre Osteuropa-Engagement

(bf) 1990, kurz nach dem Fall der Mauer, begann die Schweiz ihre Unterstützung für die politischen und wirtschaftlichen Reformen in Osteuropa. Seither hat die Schweiz 520 Millionen Franken in den Prozess zur politischen und wirtschaftlichen Reform in Polen, in der Slowakei, der tschechischen Republik, in Ungarn, Slowenien und in den baltischen Staaten investiert. Die beiden verantwortlichen Bundesämter, das BAWI und die DEZA, haben über diese ersten acht Jahre einen attraktiven und konkreten Bericht erarbeitet. Er soll der Öffentlichkeit «einen Ausschnitt unserer Zusammenarbeit präsentieren, der sich stellvertretend für unser gesamtes Engagement in Mitteleuropa auf die Darstellung von sechs ausgewählten Projekten der finanziellen und technischen Zusammenarbeit stützt». «Acht Jahre technische und finanzielle Zusammenarbeit mit

Mitteleuropa» ist gratis erhältlich bei: DEZA/AZO, Effingerstrasse 77, 3003 Bern, Tel. 031 322 44 12, Fax 031/324 85 00

«Kurswechsel» – auch in der Forschung!

(bf) Zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern besteht in Sachen Forschung ein gravierendes Ungleichgewicht. Und dies, obwohl seit längerer Zeit unter Forschern eigentlich Einigkeit darüber besteht, dass die Lösung der anstehenden Probleme weltweit nur gelöst werden können, wenn erstens das weltweite Forschungspotential geographisch gleichmässiger verteilt wird. Und zweitens, das Zusammenwirken von Forschung, Öffentlichkeit, Politik und Wirtschaft gegeben sein muss. In der Schweiz kümmert sich seit 1994 die Schweizerische Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern KFPE darum, der Forschung in Entwicklungsländern Nachachtung zu verschaffen. Sie hat nun einen für Wissenschaftler genauso wie für Laien durchaus lesenswerten Leitfaden herausgegeben, in dem der Kurswechsel, Möglichkeiten und Risiken der internationalen Forschungsgemeinschaft ausgang des 20. Jahrhunderts aufgezeigt werden.

Der «Leitfaden für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern» ist auf Deutsch, Französisch, Spanisch und Englisch gratis erhältlich bei KFPE-Sekretariat, Bärenplatz 2, 3011 Bern, Tel. 031 311 06 01

Tochter des Windes und der Dünen

(bf) Die Heimat von Shabanu ist die Cholistan-Wüste in Pakistan mit ihren Sanddünen und ihrem Dornengestrüpp. Hier hat sie Spielraum und Bewegungsfreiheit, und es gibt für sie nichts



Schöneres, als sich vom Wind treiben zu lassen. Doch das soll sich bald ändern: Shabanu ist als vierte Frau einem viel älteren Mann versprochen. Dagegen wehrt sie sich mit aller Kraft. Die US-amerikanische Autorin Suzanne Fisher Staples erhielt die Inspiration zu ihrer behutsam erzählten Geschichte als sie 1985 in Pakistan eine Studie über arme Frauen auf dem Land durchführte. Zudem arbeitete sie sieben Jahre als Korrespondentin in Südasien für eine internationale Nachrichten-Agentur. Suzanne Fisher Staples, «Shabanu», Unionsverlag Zürich

Leserbriefe

Rüsselkäfer gegen Eichhornia

Als Neuabonnent von «Eine Welt» erlaube ich mir, Ihnen ein Kompliment für Ihre inhaltliche und gestalterisch sehr gelungene Zeitschrift zu machen. Ich möchte auf ein Detail hinweisen, das mir von Berufes wegen sofort ins Auge gesprungen ist. Das schöne Bild zum Artikel «Schneeballeffekt im Sumpfgebiet» (Nr. 4/98) zeigt eine Bootsanlegestelle, doch die Idylle trägt. Die Wasseroberfläche ist vollständig mit Eichhornia crassipes, der als schlimmstes Gewässerunkraut sehr gefürchteten Wasserhyazinthe, überwuchert... Sie wird heute in 26 Ländern biologisch bekämpft, das heisst mit Hilfe von Rüsselkäfern, ihren natürlichen Gegenspielern. Die klassische biologische Bekämpfung ist eine sehr kostengünstige und ökologisch gut verträgliche Art der Unkrautregulierung und deshalb auch für ärmere Länder sehr interessant.

Dr. Hans-Martin Bürki, Delémont

Randbemerkung

Ich muss schon sagen und schreiben: Das ist ein tolles Heft. Randbemerkung: Vielleicht etwas teuer gemacht angesichts der eigentlichen Aufgaben. *Peter Mathias Grunder, Interlaken*

Fundiert

Die Eine-Welt-Zeitschrift der Schweizer Kapuziner ist zwar mit einem Jahres-Abo von 15 Franken äusserst günstig. Noch günstiger, und zwar gratis, ist das DEZA-Magazin «Eine Welt». Es kommen hier auch Meinungen vor, die von den Herausgebern nicht geteilt werden. Das sehr gut gestaltete Heft hat jeweils einen Schwerpunkt, im Dezember beispielsweise das Thema «Menschenrechte». Die Zeitschrift ist leicht verständlich und gleichzeitig fundiert. Sehr zu empfehlen, nicht nur, weil sie nichts kostet! *ITE, Eine-Welt-Zeitschrift der Schweizer Kapuziner 1999/2*

Anda

Mittelmeer-Festival

Das Mittelmeer steht im Zentrum des diesjährigen Festivals der «Ateliers d'ethnomusicologie» in Genf, welches in Zusammenarbeit mit dem Festival «Musik der Welt» in Basel durchgeführt wird. Zehn Tage lang treten Musiker und Tänzer aus verschiedensten Kulturen und Ländern auf: So beispielsweise der algerische Raï-Sänger Cheikhata Rabia, die andalusische Gruppe Les deux Andalouses, vier Künstler aus Sardinien, Emil Zrihan singt jüdisch-marokkanische Gesänge und Arif Sag aus der Türkei trägt antolische Trubadour-Lieder vor.

5. bis 16. Juni in der Cité Bleue in Genf

Integrierter Pflanzenschutz in Entwicklungsländern

Nützlinge fördern, Pestizide nur dann anwenden, wenns nicht mehr anders geht: Integrierter Pflanzenschutz wird auch in Entwicklungsländern immer wichtiger. Der Fachdienst Landwirtschaft der DEZA empfiehlt diese nachhaltige Anbauweise für DEZA-Programme und -Projekte. Eine Zwischenbilanz zum Thema ziehen DEZA, Pflanzenschutz-industrie (Novartis) sowie Lebensmittelindustrie (Nestlé) an einer Tagung des SVIAL (Schweizerischer Verband der IngenieuragronomInnen und der LebensmittelingenieurInnen); sie wendet sich an Agronomen, Lebensmittelwissenschaftler, Umwelt- und NaturwissenschaftlerInnen mit Interesse an internationaler Landwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit.

10. Juni, Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft, Zollikofen

«Festate»

Wenn Mitte Juni die «Festate» in Chiasso losgeht, geben sich Kulturen aus allen Erdteilen ein spannendes und abwechslungsreiches Stell-dichein. Von der DEZA massgeblich unterstützt, ist dieses Festival der World Music seit Jahren bekannt für sein hochkarätiges Musikprogramm. Daneben treten jedoch auch Theatergruppen auf und bieten verschiedene Animationen die Möglichkeit von spannenden Begegnungen und Solidaritäts-bezeugungen mit fremden Kulturen. Zum ersten Mal arbeitet das Festival grenzüberschreitend mit der italienischen Provinz zusammen.

10. bis 12. Juni in Chiasso,
13. Juni in Como

Alles über Jobs in der internationalen Zusammenarbeit und humanitären Hilfe. Die Zahl der Personen, die sich für die internationale Zusammenarbeit interessieren, ist sehr hoch. Aber wie steht es mit der Nachfrage der Organisationen und den Bedürfnissen ihrer Partner in den Entwicklungsländern? «cinfo», das Zentrum für Information, Beratung und Bildung für Berufe in der internationalen Zusammenarbeit und humanitären Hilfe, führt speziell zu diesem Thema einen Informationstag durch. Dieser bietet Gelegenheit, sich über die Möglichkeiten und Grenzen eines Engagements im In- oder Ausland zu informieren. Dazu werden VertreterInnen verschiedener Organisationen ihre Arbeit vorstellen.

3. Juli am cinfo-Hauptsitz, Zentralstrasse 121, 2500 Biel 7,
Tel. 032 365 80 02

Festival für Fussgänger

Zehn Jahre schon treffen sich jeweils im August in der Fussgängerzone von Neuenburg Strassenmusikanten aus der ganzen Welt zu einem fünftägigen Mini-World Music Festival. Dieses Jahr sind neben einheimischen Gruppen auch solche aus der Mongolei, aus Russland und eine Zigeunercombo anwesend.

17. bis 21. August in der Fussgängerzone von Neuenburg

Club du Sahel tagt in Yverdon

Der Club du Sahel ist ein regionales Forum für die verschiedenen Partner auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit. Das Ziel des Forums besteht darin, sich über das Schicksal der Sahelzone Gedanken zu machen. Seit September 1997 führt die Schweiz den Vorsitz dieses Forums. Beim kommenden «High-Level Meeting» werden hochrangige Politiker und Fachleute aus dem Sahel und den Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zusammenkommen. Gegenstand der Gespräche wird im Wesentlichen ein Gedanken-austausch über die Reform und die

Verbesserung der Hilfeinstrumente und der Rolle der in der Entwicklungszusammenarbeit tätigen Stellen im Rahmen der Umsetzung der ländlichen Entwicklungspolitik der Länder der Sahel-Zone sowie über die Auswirkungen der Dezentralisierung auf den bestehenden Hilfeleistungsmechanismus sein.

6. bis 8. September in Yverdon-les-Bains

Impressum

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA).



Redaktionskomitee

Marco Cameroni (verantwortlich) Catherine Vuffray (vuc) Andreas Stuber (sbs) Sarah Grosjean (igs) Reinhard Voegelé (vor) Stefan Kaspar (kst) Gabriella Spiri (sgb) Beat Felber (bf)

Redaktionelle Mitarbeit

Beat Felber (bf - Produktion) Gabriela Neuhaus (gn) Maria Roselli (mr) Jane-Lise Schneeberger (jls)

Gestaltung

Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie

City Comp SA, Morges

Druck

Vogt-Schild / Habegger AG, Solothurn

Wiedergabe

Die Wiedergabe von Artikeln, auch auszugsweise, ist unter Angabe der Quelle erlaubt. Ein Belegexemplar an die Herausgeberin ist erwünscht.

Abonnemente

«Eine Welt» ist gratis erhältlich bei: DEZA, Sektion Medien und Kommunikation, 3003 Bern, Tel. 031 322 34 40 Fax 031 324 13 48 E-mail: info@deza.admin.ch

39785

Umschlag Kadir van Lohuizen / Vu

Internet: www.sdc-gov.ch

«Eine Welt»

Bestellcoupon und Adressänderung

• Ich möchte «Eine Welt» abonnieren. Das Magazin der DEZA ist gratis und erscheint viermal jährlich in Deutsch, Französisch und Italienisch.
Ich möchte folgende Anzahl Exemplare: in Deutsch, in Französisch, in Italienisch.

• Ich wünsche weitere Gratisexemplare der Nummer zwei von «Eine Welt» und zwar:
..... Ex. in Deutsch, Ex. in Französisch, Ex. in Italienisch.

• Meine neue Adresse lautet

(Bitte in Blockschrift)

Name und Vorname:

Ev. Organisation/Institution:

Adresse:

Postleitzahl, Ort:

Bei Adressänderungen legen Sie bitte die alte Adressetikette bei!

Senden Sie den Coupon an: DEZA, Sektion Medien und Kommunikation, 3003 Bern

«Schweiz global», das Magazin des Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), stellt aktuelle Themen der schweizerischen Aussenpolitik vor. Es erscheint 5-mal jährlich in Deutsch, Französisch und Italienisch.

Die Themen in der nächsten Nummer (erscheint Mitte Juni):
Serie: Beziehungen Schweiz – Chile/Argentinien
Dossier: 50 Jahre Genfer Konventionen

Abonnemente (kostenlos) können bestellt werden bei:
«Schweiz global»
c/o Schaefer Thun AG
Industriestrasse 12
3661 Uetendorf

32

33

